

**Stiftung SPI
Regiestelle E&C
Nazarethkirchstr. 51
13347 Berlin**

**Tel.: 030/45 79 86 0
Fax: 030/45 79 86 50**

Regiestelle@eundc.de
www.eundc.de

Regiestelle E&C

6. Zwischenbericht

Berlin, den 30. Juni 2006

6. Zwischenbericht Regiestelle E&C - Inhaltsverzeichnis -

I.	Einleitung	4
	E&C: Soziale Arbeit als Koproduktion	5
	Programmgebiete	
II.	Programmumsetzung und Programmsteuerung	5
	Regiestelle E&C	5
	Öffentlichkeitsarbeit	6
	Qualitätssicherung	7
	Wissenschaftliche Begleitung	7
	Steuerungsrunde	8
	Fachbeirat	9
	Forum der beauftragten Institutionen	9
	Clearingstelle	9
	Kooperation mit der Projektgruppe „Die Soziale Stadt“	10
	Koordinationstreffen der Regiestellen	10
III.	Programmschwerpunkte	11
	1. Teilprogramme der E&C Programmplattform	11
	Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ)	11
	Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit	12
	Lokale Aktionspläne „Jugend für Toleranz und Demokratie“	13
	Fit für Leben und Arbeit	13
	Kompetenzagenturen	14
	KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten	14
	ESF-Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS)	16
	2. Netzwerke und Soziales Ehrenamt	17
	Zur Umsetzung des Programmbausteins „Netzwerke – Soziales Ehrenamt“	17
	Zusammenfassung des Programmverlaufs 2001-2003	18
IV.	Vernetzung und Dissemination	19
	1. Bund-/Länder-Information	19
	2. Zielgruppenkonferenzen	20
	Konferenzen der Städte und Gemeinden	21
	Einzelanfragen aus den Kommunen	23
	Konferenzen der Quartiersmanager/innen	23
	Konferenzen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe des Bundes	25
	3. Fachforen und Expertengespräche	27
	Informationstreffen „Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach SGB II und Optionskommunen mit der Kinder- und Jugendhilfe bei der Eingliederung der bis 25-jährigen im Rahmen des Reformkonzepts „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt““	28
	Arbeitstreffen „Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa – eine Chance für Soziale Brennpunkte“	28
	Werkstattgespräch „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“	29
	Berlin-Prozess – Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche:	
	Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung	

	für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“	29
	Fachforum „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“	31
	Expertengespräch „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“	32
	Werkstattgespräch „Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“	32
	Fachforum „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“	33
	Stand der Vorbereitung weiterer Veranstaltungen	34
	Jugendmigrationsdienste	34
4.	Regionalkonferenzen	35
5.	Expertisen	35
6.	Sonderveranstaltungen	35
	Bildungsinitiative „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“	35
	Kooperationsverbund zur Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten	36
	Nationale Kampagne zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten	37
	Initiative des 6. Deutsch-Französischen Ministerrats „Europa der Chancengleichheit – Integration ist Zukunft“	38
	Beteiligung der Regiestelle E&C bei weiteren Veranstaltungen	38
V.	Zusammenfassung	40
	Erreichte Zielgruppen	41
	Nachfrage nach Angeboten der BMFSFJ-Programmplattform E&C	42
	Zwischenstand der Erarbeitung einer Typologie zur Charakterisierung Sozialer Brennpunkte	43
	Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus der Literaturrecherche	45
	Anhang 1: Typenbildung	51
	Anhang 2: Weitere vorhandene Brennpunkttypologien in der deutschsprachigen Literatur	52

Anlagen

I. Einleitung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) hat mit der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) einen neuen Schwerpunkt gesetzt, um Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Sozialräumen günstigere Bedingungen für ihre Entwicklungen und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu eröffnen.

E&C setzt kinder- und jugendhilfespezifische Prioritäten in den gesellschaftlichen Politikbereichen soziale und ethnische Integration, Zusammenleben in der Nachbarschaft, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen und Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Ausbildung, Kinder, Jugendhilfeförderung und Unterstützung der Familien, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung, besondere soziale Lebenslagen, Neuorganisation und Vernetzung kommunaler Steuerungsinstrumente gebietsbezogener gebündelter Ressourcen.

E&C: Soziale Arbeit als Koproduktion

Die Verbesserung der Situation in den sogenannten sozialen Brennpunkten kann nur dann erfolgreich und mit nachhaltigen Effekten verlaufen, wenn vorhandene Angebote und Maßnahmen miteinander verknüpft und aufeinander bezogen werden. Planungen in den Bereichen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und der Stadtentwicklung müssen koordiniert werden. Vorhandene Ressourcen in den ausgewählten Gebieten müssen sinnvoll genutzt und zusätzliche Ressourcen erschlossen werden. Erst eine ganzheitliche Sicht der Problemlagen führt zu einem integrierten Konzept für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in sozialen Brennpunkten.

Die Programmplattform „E&C“ aktiviert die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes vom BMFSFJ geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe. Es werden neue Modelle und Projekte entwickelt und erprobt, die die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten fördern. Die Ansätze, Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollen in alle Maßnahmen der Gebietserneuerung eingebracht werden. Da die sozialen Probleme in den Programmgebieten nie auf nur eine Ursache zurückzuführen sind, bringt E&C Akteure unterschiedlicher Politikfelder auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zusammen. Durch E&C werden unterschiedliche Zuständigkeiten, Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder verknüpft, damit sie als sinnvolles Ganzes wirken können. Nur so besteht eine realistische Chance, die Abwärtsentwicklung in diesen Gebieten zu stoppen.

E&C ist ein lernendes Programm: Zu den bereits bestehenden Programmteilen können und sollen weitere Maßnahmen für soziale Brennpunkte mobilisiert und hinzugefügt werden. Es bietet Spielraum für unterschiedliche Ansätze und Formen der Beteiligung. Unter dem Dach des Programms ist eine Vielfalt von individuellen und den spezifischen Lagen vor Ort entsprechenden Lösungsansätzen, Projekten und Programmen nicht nur möglich, sondern ausdrücklich erwünscht. Über den gesamten Programmzeitraum hinweg ist E&C prozesshaft und verfahrensoffen angelegt.

Mit seiner anspruchsvollen Zielsetzung der Herstellung lokaler Bündnisse, der Stärkung von Selbsthilfekräften vor Ort und der Vernetzung unterschiedlicher jugendpolitischer Ressourcen trägt das Programm E&C einen hohen Grad von Verantwortung an die beteiligten Akteure heran und vertraut dabei auf ihre Fachkompetenz.

Programmgebiete

E&C wird in den für die Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung „Die Soziale Stadt“ ausgewählten städtischen Quartieren „mit besonderem Entwicklungsbedarf“ durchgeführt. In diesen Gebieten konzentrieren sich Armut, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung. Sichtbare Zeichen für den Niedergang sind z. B. selektive Migration, hohe Arbeitslosigkeit, ethnische Konflikte, Gewalt in Schulen, Verwahrlosung und der Abstieg des öffentlichen Raums.

Die Anzahl der städtischen Gebiete hat sich im Berichtszeitraum von 363 auf 392 Gebiete erhöht.¹ In das Programm „Die soziale Stadt“ wurden neue Gebiete aufgenommen, die durch die Regiestelle angeschrieben wurden. Das Programm E&C wurde vorgestellt, um die Benennung von Ansprechpartnern wurde gebeten.

E&C wird zusätzlich auch in 13 strukturschwachen ländlichen Räumen (Landkreisen) durchgeführt (Liste der Programmgebiete siehe Anhang).

II. Programmumsetzung und Programmsteuerung

Regiestelle E&C

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat die Stiftung SPI im Sommer 2000 mit der Einrichtung und dem Betrieb einer Regiestelle zum Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ beauftragt. Die Stiftung SPI hat der Regiestelle E&C die Aufgabe übertragen, die Programmmittel zu bewirtschaften und das Programm umzusetzen. Unter der Leitung des BMFSFJ wurde eine Steuerungsrunde eingerichtet. In dieser Runde werden alle Inhalte und Strategien des Programms abgestimmt und beschlossen. Neben einem Vertreter des BMFSFJ und der Stiftung SPI nehmen an der Steuerungsrunde Vertreter des Deutschen Jugendinstituts e. V. (DJI), das die wissenschaftliche Begleitung des Programms übernommen hat, teil. Die Vertretung der Bundesanstalt für Arbeit wurde im Jahr 2004 nach Ausscheiden durch Ruhestand und nach Umstrukturierung in die Bundesagentur für Arbeit nicht neu besetzt.

Die im Angebot angelegte Struktur der Programmplattform E&C ist umgesetzt. Alle Akteure – Länder- und Kommunalverwaltungen, Spitzenverbände und freie Träger der Jugendhilfe sowie das Quartiersmanagement von Standorten des Bundespro-

¹ Stand Dezember 2005, Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, Homepage www.sozialestadt.de, zuletzt geändert am 31.03.2006.

gramms E&C/Soziale Stadt – sind über die Programmplattform informiert. Ansprechpartner/innen aus den Kommunen sowie Beauftragte aus dem Partnerprogramm „Soziale Stadt“ sind benannt. Der Internetauftritt und das Erscheinen eines regelmäßigen Newsletter sind eingerichtet.

Maßgebliche Aufgabe der Regiestelle E&C im Berichtszeitraum war die Verstärkung und Weiterentwicklung des Programms E&C auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene. Für den gesamten Programmzeitraum verbindliche Ansprechpartner/innen wurden auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene zur Mitwirkung und Beteiligung am fachlichen Diskurs gewonnen.

Öffentlichkeitsarbeit

Der seit Oktober 2000 bestehende Online-Auftritt der Programmplattform E&C ist im Berichtszeitraum kontinuierlich fortgeschrieben und ergänzt worden. Mit Hilfe der neuen Medien wurde die Kommunikation zum größtmöglichen Nutzen für die Programmpartner gestaltet. Auf der Homepage werden unter www.eundc.de Akteure und Kooperanten der E&C-Gebiete mit Adresse, Telefonnummer, eMail aufgeführt. Diese Liste wird ständig erweitert und aktualisiert. Dadurch besteht die Möglichkeit für die Beteiligten, jederzeit Kontakte untereinander zu knüpfen, Erfahrungen auszutauschen und Kooperationen herzustellen. Informationen zu E&C-relevanten Themenbereichen, zu bundesweiten Ausschreibungen und Bekanntmachungen werden aktuell und zeitnah zur Verfügung gestellt.

Über den Newsletter, das E&C-Journal und elektronische Kurzmitteilungen werden auf Wunsch regelmäßig aktuelle Informationen und Fachartikel zugesandt. Von Mai 2005 bis Juni 2006 erschien das E&C-Journal in zwei, der E&C-Newsletter in zehn Ausgaben. Die Abonnentenzahl liegt im Juni 2006 bei über 3.300 Abonnenten für E&C-Journal und Newsletterdienst. Durch die Einrichtung dieser Kommunikationswege ist es möglich, mit und durch die Akteure, Erfahrungen, gute Arbeitsansätze und Projekte transparent und bundesweit bekannt zu machen.

Die Attraktivität der Internetplattform E&C zeigt sich durch weiterhin steigende Zugriffszahlen auf die Homepage. Von Juni 2005 bis Ende Mai 2006 verzeichnete die E&C-Homepage durchschnittlich über 15.600 monatliche Besuche. Über 61.000 unterschiedliche Besucher riefen in diesen 12 Monaten die E&C-Homepage auf. Die durchschnittliche Anzahl von Besuchen pro Tag lag in diesem Zeitraum bei mehr als 500.

Die mit Blick auf die Gesamtdokumentation der im Rahmen von E&C publizierten Expertisen, Veranstaltungsdokumentationen und sonstigen Veröffentlichungen dem BMFSFJ im Jahr 2002 vorgelegte CD-ROM inklusive Begleitbroschüre wird fortgeschrieben.

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Außendarstellung wird das in Anlehnung an das Erscheinungsbild des Internetauftritts entwickelte E&C-Logo auf allen Drucksachen, Konferenzflyer, dem Banner sowie der Tagungsmappe durchgängig bei allen Veranstaltungen der Regiestelle E&C und beauftragter Dritter verwendet.

In Abstimmung mit dem für das Programm E&C zuständigen Fachreferat des BMFSFJ wird auf Anregung des BMFSFJ seit Mai 2005 über die Presseverteiler der kommunalen Jugendämter jeweils veranstaltungsbezogen eine Pressemeldung in den Regionen der Veranstaltungsorte versendet.

Qualitätssicherung

Die Regiestelle E&C ist seit dem 1. Januar 2002 dem neu gegründeten Geschäftsbereich „Strategien Sozialer Integration“ der Stiftung SPI zugeordnet. Der Geschäftsbereich wurde am 12. März 2002 nach ISO 9001 zertifiziert.

Wissenschaftliche Begleitung

Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch das Deutsche Jugendinstitut München e. V. (DJI).

Dabei standen in der ersten Phase der wissenschaftlichen Begleitung vom 01. September 2000 bis 30. September 2003 zwei Fragenkomplexe im Zentrum:

- Mit Hilfe welcher Konzepte und Strategien und unter welchen Rahmenbedingungen gelingt es, das Prinzip der Ressourcenorientierung in Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe in Stadtteilen umzusetzen?
- Mit Hilfe welcher Konzepte und Strategien und unter welchen Rahmenbedingungen gelingt es, die sozialräumliche Vernetzung in den Stadtteilen zu verbessern?

Im Rahmen der Veranstaltungen der Regiestelle E&C wurden die Programmpartner über die wissenschaftliche Begleitung informiert. Vertreter/innen der wissenschaftlichen Begleitung nahmen aktiv an E&C Veranstaltungen teil. Über die Zusammenarbeit in den Steuerungs-/Abstimmungsgremien hinaus geschieht eine kontinuierliche Rückkoppelung der Evaluation zur Programmplattform E&C und eine Bündelung der Ergebnisse.

Die zweite Phase der wissenschaftlichen Begleitung mit einer Laufzeit vom 01. Januar 2004 bis 31. Dezember 2006 steht unter dem Titel „E&C im Kontext neuer kommunalpolitischer Strategien“.

Unter Berücksichtigung des neuen Programmschwerpunktes „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“ geht es zunächst um die Weiterentwicklung der in den letzten drei Jahren im Rahmen der Programme E&C bzw. „Soziale Stadt“ und deren Teilprogramme entstandenen Strukturen (lokale Netzwerke und Bündnisse, unterschiedliche Formen des Quartiersmanagement, Koordinationsgremien, fachliche Austauschforen etc.) und Instrumente (lokale Aktionspläne, Verfügungs- und Quartierfonds, Strategien der Bewohneraktivierung und -beteiligung u.ä.) – wobei das Instrument der Lokalen Aktionspläne des Programmteils LOS eine prominente Rolle spielen wird.

Die wissenschaftliche Begleitung des Programms E&C hat sich in der ersten Phase weitgehend auf die Analyse der entstandenen institutionellen Netzwerkstrukturen in den Stadtteilen, ihre Voraussetzungen und Wirkungsweise konzentriert (siehe dazu auch die vorliegenden Berichte). Vor dem Hintergrund der zuvor skizzierten Entwicklungen soll in der nun beginnenden zweiten Phase dieser Blick erweitert werden. Ausgangspunkt hierfür ist die Beobachtung, dass die Wirksamkeit der lokalen Netzwerke und damit auch der beteiligten Instanzen der Kinder- und Jugendhilfe in Bezug auf die Stadtteile offenbar im hohen Maße von der vorherrschenden Art und Weise der kommunalpolitischen Steuerung insgesamt abhängt. Von Interesse ist also die Art und Weise, wie kommunalpolitische Entscheidungen zustande kommen, und die These lautet, dass dabei lokalen Netzwerken und den jeweiligen Akteuren unterschiedliche Bedeutung zukommt.

Am 30. August 2005 organisierte die Regiestelle E&C in Berlin ein Treffen des BMFSFJ und der wissenschaftlichen Begleitung E&C/LOS des DJI mit den Regiestellen LOS sowie E&C. Die Regiestelle E&C sowie die Regiestelle LOS berichteten hier zum aktuellen Stand und Planung in den Jahren 2005 und 2006. Die Arbeitsgruppe der wissenschaftlichen Begleitung E&C/LOS stellte die Ergebnisse der Forschung des DJI in den Forschungsschwerpunkten: „LOS/ Lokale Aktionspläne“, „Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule“ sowie „Arbeitsmarktreform/Hartz IV“ vor, insbesondere die methodischen Instrumente und Fragebögen für die Totalerhebung in den LOS-Gebieten wurden präsentiert und diskutiert.

Anlässlich der Steuerungsrunde E&C am 15. März 2006 wurde die Regiestelle E&C, die Regiestelle LOS und das DJI beauftragt, in Ergänzung zu den eher städtebaulichen dominierten Typisierungen der Sozialen Stadt/E&C, eine an den Zielen des E&C-Programms orientierte Analyse zu entwickeln. Dazu fanden am 04. April 2006 in Halle und am 08. Juni 2006 in Berlin zwei Arbeitstreffen der wissenschaftlichen Begleitung E&C/LOS des DJI mit den Regiestellen LOS sowie E&C statt. Unter Heranziehung der lokalen Aktionspläne der am LOS-Programm beteiligten Kommunen wurden die in den Entwicklungszielen formulierten Problembeschreibungen ausgewertet, sowie Literaturrecherchen zu Gebietstypologien zur Grundlage der Überlegungen gemacht. Am 14. Juni 2006 wurde der Arbeitstand dem zuständigen Referat des BMFSFJ vorgelegt.²

Steuerungsrunde

Für die Entwicklung und Fortschreibung der programmbezogenen Strategien, Schwerpunktsetzung und Entscheidungen über besonders herauszuarbeitende Fragestellungen wurde eine Steuerungsrunde eingerichtet.

Mitglieder sind:

- das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ), vertreten durch den zuständigen Referatsleiter,
- ein Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit,
- das Deutsche Jugendinstitut (DJI), vertreten durch den zuständigen Abteilungsleiter und den Projektkoordinator/in sowie

² Vgl. Ausführungen auf S. 42 ff. dieses Berichts

- die Stiftung SPI, vertreten durch den Direktor und die Programmkoordinatorin.

Den Vorsitz führt das BMFSFJ. Die Geschäfte der Steuerungsrunde führt die Regiestelle E&C der Stiftung SPI. Im Berichtszeitraum tagte die Steuerungsrunde E&C am 15.03.2006.

Die Vertretung der Bundesanstalt für Arbeit wurde nach Ausscheiden durch Ruhestand und nach Umstrukturierung in die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2004 nicht neu besetzt.

Fachbeirat

Der eingerichtete Fachbeirat E&C besteht aus 36 Mitgliedern unter dem Vorsitz des BMFSFJ. Die Geschäfte des Fachbeirats führt die Regiestelle E&C der Stiftung SPI. Eine Sitzung des Fachbeirats E&C fand im Berichtszeitraum nicht statt.

Forum der beauftragten Institutionen

Den mit der Durchführung der Regionalkonferenzen und der Fachforen beauftragten Institutionen wurde in den Programmjahren 2000-2003 von der Regiestelle E&C ein eigenes Forum zur Verfügung gestellt. Das Forum diente der Vermittlung der in Regionalkonferenzen und Fachforen bearbeiteten Fragestellung zum Gesamtprogramm sowie der Festlegung des Nachsteuerungsbedarfs im Hinblick auf den Auftrag der beauftragten Institutionen. Es fand eine kontinuierliche Rückkoppelung zur Programmplattform E&C und die Bündelung der Ergebnisse statt.

Anfang März 2003 wurde die Regiestelle E&C vom BMFSFJ gebeten, das Konzept der „Regionalkonferenzen“ nicht mehr umzusetzen. Daraufhin wurden die Institutionen für das erste Halbjahr 2003 jeweils einmalig mit der Durchführung einer Fachkonferenz beauftragt. Ein Treffen des Forums der beauftragten Institutionen fand im Berichtszeitraum nicht statt.

Die Ergebnisse der Regionalkonferenzen sind dokumentiert und werden auf der E&C-Homepage als download zur Verfügung gestellt. Die zum Zweck eines regionalspezifischen Überblicks über die auf Landesebene bereits vorhandenen Strukturen und Aktivitäten im Bereich der sozialräumlich orientierten Kinder- und Jugendhilfe erstellten und aktualisierten Expertisen für die einzelnen Bundesländer sind weiterhin im Internet auf der E&C-Homepage abrufbar.

Clearingstelle

Die durch die Einrichtung einer Clearingstelle geplanten Abstimmungsprozesse mit den Programmteilen und -schwerpunkten von E&C, dem Partnerprogramm „Die Soziale Stadt“ sowie der formativen Evaluation werden durch direkte und anlassbezogene Gespräche mit den jeweiligen Projektleitern/innen sichergestellt. Wichtige Ziele sind die Sicherung der Kohärenz und Identität des Gesamtprogramms und die Abstimmung der öffentlichen Präsentation.

Vertreter/innen der Steuerungsrunde E&C und der Regiestelle nahmen regelmäßig an den Tagungen der Programmevaluation durch das DJI und an Workshops der wissenschaftlichen Begleitung teil.

Kooperation mit der Projektgruppe „Die Soziale Stadt“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu)

Die Regiestelle E&C und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) tauschen punktuell Arbeitsergebnisse aus und stimmen ihre Terminplanung ab. Vertreter/innen beider Einrichtungen werden regelmäßig zu Veranstaltungen der jeweils anderen Einrichtung eingeladen.

Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt in Abstimmung mit den Vorhaben und Aktivitäten der Projektgruppe „Die Soziale Stadt“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Im Rahmen eines Kooperationsvertrags der beiden Institute ist der regelmäßige Informationsaustausch und die Herstellung von Synergien gesichert.

Koordinationstreffen der Regiestellen

Koordinationstreffen der BMFSFJ-Programmplattform E&C und der Bundesmodellprogramme LOS sowie der Kompetenzagenturen fanden im Berichtszeitraum nicht statt. Informationen über aktuelle Angebote der Regiestelle E&C erhalten die beauftragten Regiestellen LOS und Kompetenzagenturen über die regelmäßige Einladung zu den E&C-Konferenzen und über den E&C-Newsletter. Die Kolleginnen und Kollegen der Regiestellen LOS sowie Kompetenzagenturen werden themenbezogen gebeten, auf den E&C-Konferenzen über den aktuellen Umsetzungsstand der Programme zu berichten und mit den Teilnehmern/innen in einen Erfahrungsaustausch zu treten.

III. Programmschwerpunkte

Der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) sind bzw. waren folgende inhaltliche Programmschwerpunkte und Teilprogramme des BMFSFJ zugeordnet:

- Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit“ – Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen (1999),
- Freiwilliges Soziales Trainingsjahr – FSTJ (1999-2004),
- Vernetzung im Stadtteil und Stadtteilmanagement,
- Ressourcenorientierung – gezielte Einbeziehung von sozial benachteiligten Jugendlichen in Sport, Kultur und Politik,
- Anlaufstellen und Interessenvertretungen für junge Migrantinnen und Migranten,
- Förderung von ehrenamtlichem Engagement in strukturschwachen ländlichen Gebieten (2000-2003),
- Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit (2000-2002),
- Initiierung lokaler Aktionspläne „Jugend für Toleranz und Demokratie“ (2001),
- Kompetenzagenturen (2002-2006),
- KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten (2002),
- Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS (2003-2007).

1. Teilprogramme der E&C Programmplattform

Innerhalb der Programmschwerpunkte bestehen eigenständige Programmteile, deren Start z. T. bereits vor dem Arbeitsbeginn der Regiestelle E&C lag. Aufgabe der Regiestelle E&C ist es, diese Ansammlung von Einzelaktivitäten und Teilprogrammen nach innen und außen als Bestandteile des Programms E&C sichtbar zu machen.

Zu den vor Einrichtung der Regiestelle E&C gestarteten bzw. durch andere vom BMFSFJ beauftragte Institutionen/Auftragnehmer koordinierten Programmteilen gehören:

- **Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ)**

Mit seinem Modellprogramm FSTJ hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den Jahren 1999 bis 2004 jährlich bis zu 2000 benachteiligten Jugendlichen bundesweit in über 80 lokalen Qualifizierungsbüros ein spezifisches Förderangebot zur Sicherstellung des Übergangs in Ausbildung und Beruf ermöglicht.

Zielgruppe waren Teilnehmer/innen zwischen 16 und 25 Jahren aus Gebieten des Programms E&C. Sie wurden schulisch und beruflich qualifiziert, sozialpädagogisch gefördert und durch Arbeit in Einsatzstellen in Betrieben und Einrichtungen insbesondere ihres Stadtteils für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vorbereitet. Im Pro-

grammverlauf ist es gelungen, über 50% der Teilnehmer/innen, die vorher kaum eine Partizipationschance hatten, sozial und/oder beruflich zu integrieren.

Die Freiwilligkeit des Zugangs, die individuelle Ausrichtung der Förderangebote und die Einbeziehung des Sozialraums der Jugendlichen waren wesentliche fachliche Grundlagen, die im Programmverlauf zu guten Ergebnissen geführt haben. An den Standorten profitierten die Jugendlichen durch die öffentliche Anerkennung in ihren Stadtteilen, wenn z. B. Projekte zur Wohnumfeldverbesserung durchgeführt wurden. Die Projekte und Kooperationen vor Ort waren wichtige Beiträge zur Strukturverbesserung der Stadtteile.

Das Modellprogramm wurde am 30. September 2004 beendet. Mittlerweile liegen vielfältige Erfahrungen und Auswertungen vor, welche die beteiligten Ministerien und Institute veranlasst haben, Handlungsempfehlungen für die Überführung in die Regelförderung zu formulieren.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat mit Datum vom 14. April 2004 die verbindlichen Empfehlungen für die Überführung des FSTJ in die Regelförderung erlassen. Danach kann das Fachkonzept FSTJ ab dem 01. April 2004 als eigenständige niederschwellige Maßnahme im Rahmen der Benachteiligtenförderung (§ 240 ff. SGB III, insbesondere § 240 Nr. 2 i.V.m. § 241 Abs. 3 a SGB III) umgesetzt werden.

Mit Stand Dezember 2004 werden insgesamt 38 Qualifizierungsbüros, also fast die Hälfte der insgesamt beteiligten Qualifizierungsbüros, ihre Arbeit als Aktivierungshilfen FSTJ oder als anders finanzierte Folgeprojekte fortsetzen, die sich an den Modellprinzipien FSTJ anlehnen. Die Kofinanzierung erfolgt in unterschiedlichen Gewichtungen über die Kommunen/Landkreise, Bundesländer, ESF oder Spendenmittel. Infolge der Umbruchsituation und des bestehenden Reformierungsprozesses der Arbeitsmarktinstrumente mussten Kommunen, Arbeitsagenturen und Träger für die Überleitung des FSTJ in Folgemaßnahmen der Aktivierungshilfen fachlich und rechtlich Neuland betreten. Dies setzte ein hohes Engagement bei den beteiligten Partnern voraus. Dass dies an fast der Hälfte der Standorte geglückt ist, kann als Zeichen für eine hohe Akzeptanz des Modellprogramms und seine erfolgreiche Arbeit bewertet werden.

Der Abschlussbericht zum Programm und weitere Informationen finden sich unter www.fstj.de.

- **Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit**

An 12 ausgewählten Standorten ist der Programmschwerpunkt „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit“ im Sozialraum implementiert. Modellhafte Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, i.d.R. Jugendgemeinschaftswerke, werden zu zentralen Anlaufstellen für Aussiedler/innen und nichtdeutsche Jugendliche, die auf Integrationshilfen angewiesen sind, weiterentwickelt. Ziel ist die Weiterentwicklung bzw. der Aufbau interkultureller Netzwerke, um die Angebotsstruktur für junge Zugewanderte zu verbessern (über Angebots- und Bedarfsanalysen, Stadtteilbüros, Gremienarbeit u. a.). Dabei ist die Öffnung der im Sozialraum bestehenden Angebote sozialer Dienste und Einrichtungen für jugendliche Migranten/innen wichtigstes

Programmziel. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die gezielte Einbringung der Belange Jugendlicher nichtdeutscher Herkunft in die Stadtentwicklungs- und Jugendhilfeplanung (z. B. über Mitarbeit in Arbeitskreisen nach § 78 KJHG oder Mitwirkung an der Erstellung kommunaler Integrationskonzepte).

Die Träger des Interkulturellen Netzwerkes wurden zu den Regionalkonferenzen und Fachforen eingeladen. Je nach thematischer Schwerpunktsetzung erfolgt die Vorstellung als Best Practice im Rahmen der Veranstaltungen der Regiestelle E&C. Links sind auf den Internetseiten installiert.

Das Teilprogramm „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum“ wurde 2002 abgeschlossen. Am ersten Tag des E&C Fachforums „Miteinander - Nebeneinander - Gegeneinander!? – Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer“ am 06. und 07. November 2002 in Berlin standen die Ergebnisse und Erfahrungen der 12 Projekte aus dem Bundesmodell im Mittelpunkt der Diskussion. Mit großem Interesse nutzten die Teilnehmer/innen die Möglichkeit, sich auf der Projektmesse über DJI-Begleitforschung und Einzelprojekte zu informieren.

- **Lokale Aktionspläne „Jugend für Toleranz und Demokratie“**

Im Rahmen des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ erhielten die E&C-Gebiete 2001 die Möglichkeit zur Förderung des Erstellens eines lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie. Damit wurde der Programmplattform E&C ein neuer Baustein hinzugefügt. Die mit insgesamt maximal fünf Mio. DM ausgestattete Förderung dient der Implementierung von nachhaltigen, auf die Entwicklung von Demokratie, Toleranz und Fremdenfreundlichkeit ausgerichteten Handlungskonzepten in und für Soziale Brennpunkte.

Umfang und Kurzfristigkeit der Förderung erforderten effiziente Information, Bearbeitung und Umsetzung dieses Programmbausteins in der Regie der Stiftung SPI. Den kommunalen und kreislichen Jugendämtern wurden 59 Anträge (ca. 28% der E&C-Gebiete) solcher lokalen Aktionspläne zur Förderung bewilligt: neun Anträge hiervon aus ländlichen strukturschwachen Regionen (das entspricht ca. 70% der ländlichen Gebiete in E&C) sowie 50 aus Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (das entspricht ca. 25% der städtischen Programmgebiete). Die ersten lokalen Aktionspläne liegen seit Jahresende 2001 in den E&C-Gebieten vor. Am 05. und 06. März 2002 wurden die Ergebnisse aus allen beteiligten Gebieten auf einer Fachmesse von E&C präsentiert.

- **Fit für Leben und Arbeit**

Der Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit – Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen“ ist abgeschlossen und veröffentlicht. Als Ergebnis steht neben einer Broschüre und einem Video eine Datenbank mit 100 prämierten und weiteren besonders qualifizierten Praxismodellen zur Verfügung, die neue und innovative Wege zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen beschreiten.

Die fachlichen Inhalte und Praxismodelle werden kontinuierlich in die Gestaltung der Veranstaltungen der Regiestelle E&C mit eingebracht. Links sind auf den Internetseiten installiert.

- **Kompetenzagenturen**

In der neuen Modellphase „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ sollen von 2002-2006 mit Kompetenzagenturen neutrale Institutionen der Beratung und der Organisation beruflicher Laufbahnen geschaffen werden. Kompetenzagenturen können durch frühzeitig ansetzende, langfristige Strategien der individuellen Hilfeplanung über mehrere Jahre für die benachteiligten Jugendlichen eine Coaching- und Managementfunktion einnehmen. Kompetenzagenturen fungieren dabei auch als Mittler zwischen Jugendlichen und Jugend(berufs)hilfeträgern und schaffen als Modellinstanz eine Brücke der Vermittlung zwischen Individuum und Institutionen der Jugendberufshilfe bzw. deren Fachvertretern.

Über eine dem Assessment vergleichbare Kompetenzanalyse kann der Bedarf des benachteiligten Jugendlichen festgestellt und ein konkreter Hilfeplan aus dem aktuellen Pool berufsintegrierender Angebote ermittelt werden. Eine passgenaue Vermittlung führt zu einer geringeren Abbrecherquote und ermöglicht bei den Teilnehmern/innen Entwicklungserfolge, die für die soziale und berufliche Integration notwendige und wertvolle Erfahrungen sind und zu gesellschaftlicher Integration beitragen. Die individuelle Hilfeplanung kann bis in die duale Berufsausbildung hinein eine wichtige stabilisierende Funktion für die benachteiligten Jugendlichen haben und in diesem Sinne wirken.

Unter dem Titel „Erreichen – Halten – Vermitteln. Wie Kompetenzagenturen junge Menschen in Ausbildung und Beruf lotsen“ hat die Regiestelle Kompetenzagenturen im Juni 2006 einen Infobrief zur Bilanz des Modellprogramms veröffentlicht, der im Internet abgerufen werden kann (www.kompetenzagenturen.de).

- **KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten**

Im Rahmen der Programmplattform E&C wurden mit dem Teilprogramm „Kompetenz und Qualifikation“ (KuQ) im Jahr 2002 sozialraumbezogene Verfügungsfonds für die Jugendämter bereitgestellt, die für eine koordinierte und konzertiert eingesetzte Vielfalt von Einzelmaßnahmen im Kinder- und Jugendhilfe- und im Bildungsbereich zum Einsatz kommen sollten.

Die Programmplattform E&C verwirklicht mit lokalen Kooperationen bzw. Netzwerken organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien und Synergiepotentiale. Zu den vor Ort handelnden Akteuren zählt die Arbeitsverwaltung, das Jugendamt, das Sozialamt, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, das Gesundheitswesen, Beschäftigungsinitiativen, Bildungs- und Maßnahmeträger, Wohlfahrtsverbände, Quartiersmanagement, örtliche Unternehmen, Bürgergruppen und Initiativen sowie weitere lokal agierende Institutionen. Ziel des Teilprogramms KuQ war es, eine Vielfalt von Maßnahmen und lokalen Strategien zu unterstützen,

mit denen:

- Integrationschancen von Kindern und Jugendlichen erhöht werden,
- die verschiedenen Angebote, Einrichtungen und Maßnahmen vernetzt werden,
- Ressourcen der Integrationshilfe und Sozialraumorientierung zur Entfaltung gebracht werden,
- Kosteneinsparungen und damit Gewinnung von Spielräumen durch Synergieeffekte erzielt werden.

Voraussetzung für die Bereitstellung sozialraumbezogener Verfügungsfonds an ausgewählte Jugendämter ist die Vorlage eines auf Nachhaltigkeit angelegten Konzepts sowie die Freistellung eines/r entsprechend qualifizierten Mitarbeiters/in des Jugendamtes, dem/der die Aufgaben zur Koordinierung übertragen werden. Zu diesen Aufgaben gehören insbesondere:

- die Bündelung von Informationen,
- die Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten zur Erhöhung der Chancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche,
- die Festlegung der Qualitätsstandards und
- die Weiterentwicklung bestehender Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Ein vom BMFSFJ zur Verfügung gestellter sozialraumbezogener Verfügungsfonds bedingt eine sozialräumliche Strategie des jeweiligen Jugendamtes, die in einem entsprechenden Gesamtplan konkret entwickelt werden muss. Im Rahmen eines Konzeptwettbewerbs sollen die Vorschläge der einzelnen Jugendämter von einer Regiestelle bewertet werden, die die zur Verfügung stehenden Mittel verteilt.

Vorrangig wurden in 117 Gebieten der Sozialen Stadt/E&C aus dem sozialraumbezogenen Verfügungsfonds Maßnahmen gefördert, die die bestehenden Regelangebote der kommunalen Dienste und der freien Träger miteinander verknüpfen. Ziel war die sofortige Integration von benachteiligten Kindern, Jugendlichen und die Unterstützung der Eltern, um die Zeit ohne Arbeit bzw. die Zeit nach der Schule so kurz wie möglich und gesundheitliche Beeinträchtigungen, erzieherische und soziale Desintegration gering zu halten.

Mit den Mitteln aus dem sozialraumbezogenen Verfügungsfonds wurden insbesondere Projektmaßnahmen gefördert, die

- die Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen,
- die Sicherung des erfolgreichen Übergangs Jugendlicher von Schule in Beruf,
- die Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur,
- die Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Schule, Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt, Jugendhilfeeinrichtungen und sozialer Stadterneuerung, Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft,
- die Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben und
- die Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege

unterstützen, um die Chancen von Kindern und Jugendlichen in den Gebieten von E&C nachhaltig zu verbessern.

- **ESF-Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) auf Bundesebene**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat die Durchführung der dem Bund zugeordneten Teile des Programms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) (Maßnahme 11 gemäß Artikel 4 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds) übernommen. Dieses Programm wird aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Mit der Umsetzung des Bundesprogramms LOS wurde im Februar 2003 die Arbeitsgemeinschaft Regiestelle LOS (ARGE Regiestelle LOS) - bestehend aus der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub mbH) und der Stiftung SPI Berlin - beauftragt. Für die Durchführung und Mittelbewirtschaftung des Programms ist von beiden Gesellschaften eine gemeinsame Regiestelle LOS (www.los-online.de) eingerichtet worden. In einem ersten Schritt wurde LOS in den vom Hochwasser des Monats August 2002 betroffenen Kommunen und Landkreisen mit einer Programmlaufzeit vom 01. Juli 2003 bis zum 31. Dezember 2003 umgesetzt. Der zweite Programmschwerpunkt, der in den Kommunen und Landkreisen des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“ bzw. der komplementären Programmplattform des BMFSFJ „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) ansetzt, ging am 01. September 2003 mit der ersten Förderperiode an den Start. Dieser Programmschwerpunkt hatte zunächst eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2006.

Für die Durchführung des Programms LOS auf Bundesebene stehen bis Mitte 2006 z. Zt. 75 Millionen Euro zur Verfügung. Davon waren für den Konzeptwettbewerb 2003 zunächst 40 Millionen Euro direkt dem Bund zugewiesen. Circa 15 Millionen Euro wurden im Oktober 2003 zusätzlich durch die Bundesländer für das Bundesprogramm LOS freigegeben. Weitere 20 Millionen wurden für den Konzeptwettbewerb 2004 bereitgestellt. Insgesamt werden mit den LOS-Mitteln z. Zt. 286 Gebiete gefördert.

Mehr als 150.000 am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen konnten bis zum Januar 2006 durch das Programm LOS aktiviert und unterstützt werden. Die meisten davon sind Langzeitarbeitslose, Schulabgängerinnen und Schulabgänger, Ausbildungsplatzsuchende oder Berufsrückkehrerinnen. Durch die insgesamt 5.500 geförderten lokalen Kleinstprojekte konnten diese Menschen wieder neuen Mut schöpfen, konnten vielen von ihnen ein Anstoß oder eine neue Perspektive für den Arbeitsmarkt gegeben werden. Aufgrund der positiven Halbzeitbilanz hat sich das BMFSFJ entschlossen, die Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds noch einmal um 12 Millionen Euro auf insgesamt 87 Millionen Euro aufzustocken um damit das Programm in gleichem Umfang bis Mitte des Jahres 2007 fortsetzen zu können.

Die Mittel werden in Form von Globalzuschüssen von maximal 100.000 Euro pro Förderperiode an zwischengeschaltete Stellen einer Gebietskörperschaft, sogenannte Lokale Koordinierungsstellen, vergeben und von diesen verwaltet. Um in den Genuss einer Förderung zu kommen, musste ein Antrag in Form eines Lokalen Aktionsplans bei der Regiestelle LOS eingereicht werden. Neben der Nennung von Strukturdaten wie Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Ausländerquote, wurde vor allen Dingen die Darstellung der Problemlagen des Fördergebietes unter Berücksichtigung der Europäischen Beschäftigungsstrategie, der Entwicklungsziele und des daraus resultierenden Handlungskonzepts verlangt.

Die Lokalen Koordinierungsstellen der geförderten Gebietskörperschaften sind gemeinsam mit den Lokalen Netzwerken für die Programmumsetzung im jeweiligen Fördergebiet zuständig. Mit der Globalsumme können Mikroprojekte in einer Höhe von bis zu 10.000 Euro gefördert werden. Die Mikroprojekte werden unter Berücksichtigung des Lokalen Aktionsplans durch einen Begleitausschuss ausgewählt, dem neben Vertretern/innen der öffentlichen Verwaltung auch lokale Akteure, insbesondere Vertreter/innen der betroffenen Zielgruppen, angehören sollen. Die Beratung der Träger von Mikroprojekten erfolgt durch die Lokale Koordinierungsstelle.

Die wissenschaftliche Bewertung des Programms LOS, insbesondere des Instruments der Lokalen Aktionspläne, erfolgt durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI).

2. Netzwerke und Soziales Ehrenamt

Das Programm erkennt geleistetes Ehrenamt an und fördert die Entwicklung neuer und innovativer Formen ehrenamtlicher Tätigkeit von und für Kinder und Jugendliche in ausgewählten ländlichen Räumen. Ziel ist die Entwicklung von Praxisbeispielen im Bereich Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement, die sich daran orientieren, die spezifischen lokalen Defizite, z. B. im Personennahverkehr, fehlende jugendgerechte Treffpunkte etc., gezielt auszugleichen und dabei regionale Identitäten berücksichtigen. Zentral ist die Erhaltung bestehender Ehrenamtsstrukturen. Im Programmverlauf von 2001 bis 2003 galt es, anhand der Praxis zu erkunden, unter welchen Voraussetzungen und wie bestehendes soziales Engagement gefördert und nachhaltig gestützt werden kann. Auch wurde der Frage nachgegangen, welche neuen und zusätzlichen Formen sozialen Engagements in den ländlichen Räumen benötigt werden.

Das Programm wurde zum 31.12.2003 abgeschlossen. Die Koordination des Programmbausteins und die Bewirtschaftung des Programmtitels erfolgte durch die Regiestelle E&C. Mit den Jugendämtern der 13 Landkreise fanden regelmäßige Koordinationstreffen und Auswertungstagungen statt.

Zur Umsetzung des Programmbausteins „Netzwerke – Soziales Ehrenamt“

Bis April 2003 wurden die Anträge aller 13 ausgewählten Landkreise für das Förderjahr 2003 von den Mitgliedern der Steuerungsrunde E&C begutachtet und bewilligt. Anschließend wurden die Fördervereinbarungen zwischen den Landkreisen und der Stiftung SPI geschlossen, die die Landkreise in die Lage versetzen, direkte Ein-

zelförderentscheidungen vor Ort zu treffen. Die Konzepte der Landkreise mit Beschreibung der Ausgangslage und erste Ideen zur Umsetzung in Projekten sind Bestandteil der Förderverträge. Die 13 ausgewählten Modellstandorte in strukturschwachen ländlichen Gebieten, haben im Haushaltsjahr 2003 eine Fördersumme von bis zu 33.234 Euro pro Landkreis zur Verfügung gestellt bekommen.

Im Berichtszeitraum haben Beratungsgespräche der Regiestelle E&C mit jedem Landkreis stattgefunden. Aufgabe der Regiestelle war es ferner, den Erfahrungsaustausch aller Landkreisvertreter/innen zu organisieren sowie gemeinsam mit dem DJI die Auswertung des Programmverlaufs und die Dokumentation gelungenen Ehrenamts sicherzustellen.

Zusammenfassung des Programmverlaufs 2001-2003

Die im ersten Programmjahr 2001 vorhandenen konzeptionellen Ansätze enthielten eine Vielzahl von Ideen, um neue Gebiete des Ehrenamtes zu erschließen. Bereits bestehende Netzwerke in den ländlichen Regionen waren zumeist informell angelegt. In einigen Landkreisen existierten aber auch Konzepte für eine institutionelle Vernetzung der vorhandenen Akteure. Diese Konzepte waren in der Regel auf die Jugendarbeit konzentriert bzw. verbandsorientiert angelegt und wurden durch den Einbezug und den Aufbau anderer Kooperationsformen erweitert. Schwerpunkt der Arbeit im ersten Programmjahr war, den Erfahrungsaustausch der Landkreise untereinander zu fördern und die vorhandenen Angebote und Initiativen u. a. auch durch eine kontinuierliche Dokumentation weiter fortzuschreiben.

Im zweiten Programmjahr 2002 konzentrierten sich die berichteten Maßnahmen der Vertreter/innen aus den Landkreisen auf den Ausbau und die Stärkung von ehrenamtlichen Aktivitäten in den ländlichen Gebieten sowie die Aktivierung von Ehrenamtlichen und bislang nicht erreichten Jugendlichen. Neue Arbeitsformen und innovative Ansätze im Ehrenamt bezogen sich in erster Linie auf die drei Schwerpunkte: Gewinnung von Ehrenamtlichen, Weiterbildung sowie Vernetzung der Ehrenamtlichen untereinander. Auf den Arbeitstreffen wurden dazu verschiedene Ansätze und Strategien erläutert und ausgetauscht.

Im dritten Programmjahr 2003 wurde die wichtige Rolle der Öffentlichkeitsarbeit bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen und Stärkung des Ehrenamtes im Bewusstsein der Politik vor Ort deutlich. Die Sicherung und Verstetigung der ehrenamtlichen Initiativen in den Landkreisen über den Abschluss des Modellprogramms „Netzwerke – Soziales Ehrenamt“ hinaus, war ein wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit im Jahr 2003. Eine Auswertungstagung zum Ende des Programmjahrs 2003 fand nicht statt. Alle Ergebnisse sowie der Schlussbericht sind dem BMFSFJ und den Mitgliedern der Steuerungsrunde E&C vorgelegt worden.

IV. Vernetzung und Dissemination

Neben der Durchführung der eigenständigen Programmbausteine der Programmplattform E&C ist die Gewinnung einer Vielzahl von Akteuren elementarer Bestandteil bei der Umsetzung. Für die Umsetzung des Programms und die Konzeption der Angebote durch die Regiestelle E&C stehen dabei zunächst spezifische Zielgruppen im Vordergrund. Hierzu gehören Vertreter/innen der

- Bundes-, Landesebene,
- Städte und Gemeinden,
- Landkreise,
- bundeszentralen freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe,
- Quartiersmanagements

sowie Handelnde der Stadtentwicklungsplanung, Sozialämter, Arbeitsämter, Wirtschaftsförderung und Berufsbildungsplanung.

E&C bietet diesen Akteuren ein Podium, um sich auf Maßnahmen und Beiträge zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Gebieten zu verständigen. Neue Partnerschaften können geschlossen, Aktivitäten abgestimmt und Synergieeffekte genutzt werden. In diesem Sinne hat die Regiestelle E&C ein Netzwerk von Ansprechpartner/innen in derzeit über 363 Programmgebieten und 13 Landkreisen aufgebaut.³

Die Akteure werden von der Regiestelle E&C unterstützt, ihren Erfahrungsaustausch über die Belange von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen vor Ort zu initiieren und Ideen zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen in Institutionen, Politik und Verwaltung einzubringen. Es werden Verfahrens- und Förderrichtlinien angeregt, die erweiterte Möglichkeiten des Stadtteilmanagements eröffnen. Ämter- und trägerübergreifend sollen lokale Aktionspläne erarbeitet und implementiert werden. In lokalen Verbänden sollen die Problemlagen von jungen Menschen im Quartier gemeinsam beschrieben, Erfahrungen ausgetauscht und zusammen Lösungen entwickelt werden.

1. Bund-/Länder-Information

Die Programmplattform E&C ist allen zuständigen Länderministerien vorgestellt worden. Die für das Programm „Soziale Stadt“ zuständigen Ministerien haben der Regiestelle E&C die jeweiligen Standorte, den Stand der Abstimmung mit den Städten und Gemeinden sowie Ansprechpersonen für die Dauer der Programmplattform benannt. Die Ländervertreter/innen nehmen an den Zielgruppenkonferenzen der Regiestelle teil.

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag sind in die Kooperationen einbezogen und beteiligen sich aktiv an der

³ Vgl. dazu auch die Ausführungen auf S. 5.

fachlichen Diskussion und sind im Fachbeirat E&C mit jeweils einem/r Vertreter/in präsent.

2. Zielgruppenkonferenzen (Vernetzung im Stadtteil, Stadtteilmanagement, Ressourcenorientierung)

Zielgruppen für diese Konferenzen sind in erster Linie die aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) geförderten bundeszentralen freien Träger, Kommunen und die Quartiersmanager/innen. Vertreter/innen der Länder werden über die Zielgruppenkonferenzen informiert und als Gäste eingeladen. Zweck der Zielgruppenkonferenzen ist die Verständigung der jeweiligen Gruppen über ihre spezifische Umsetzungsproblematik bei der Organisation von sozialräumlichen Hilfestrukturen. Seit Juni 2002 werden zu den Zielgruppenkonferenzen für die aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) geförderten bundeszentralen freien Träger zusätzlich Einrichtungsleiter/innen der Kinder und Jugendhilfe in den E&C-Gebieten geladen, so dass sich der Teilnehmerkreis für diese Zielgruppe erweitert hat.

Da die Jugendmigrationsdienste in E&C-Gebieten bei der Integration von jungen Zuwanderinnen und Zuwandern eine herausragende Position einnehmen, hat die Regiestelle E&C im Dezember 2004 den Mitgliedern der Steuerungsrunde E&C empfohlen, die Einrichtungen der insgesamt 237 Jugendmigrationsdienste in den E&C-Gebieten themenbezogen in den einzuladenden Teilnehmerkreis ihrer Zielgruppenkonferenzen und Fachforen mit aufzunehmen. Seit der „Starterkonferenz Jugendmigrationsdienste“ am 20. und 21. Juni 2005 in Berlin werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendmigrationsdienste regelmäßig in die Angebote der Programmplattform E&C einbezogen und nehmen diese wahr.

Neben dem kontinuierlichen direkten Kontakt von Interessierten und Programmpartnern mit der Regiestelle E&C liegt ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Regiestelle E&C auf dem Erfahrungs- und Fachaustausch im Rahmen von größeren Konferenzen und Veranstaltungen. Damit stellt die Programmplattform E&C jeder der unterschiedlichen Zielgruppen ein eigenes Forum zur Bearbeitung und Weiterentwicklung von E&C relevanten Themen, Ansätzen und Projekten zur Verfügung.

Im Berichtszeitraum haben folgende Zielgruppenkonferenzen stattgefunden:

- Vertreter/innen der Städte und Gemeinden,
- Quartiers-/Jugendhelfemanager/innen,
- freie Träger des Kinder und Jugendplan des Bundes (KJP).

Weiterhin durchgeführt wurden im Berichtszeitraum, nach Bedarf und Abstimmung mit dem zuständigen Referat des BMFSFJ, Vorkonferenzen für die Zielgruppenkonferenzen für die aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) geförderten bundeszentralen freien Träger, Kommunen und die Quartiersmanager/innen. Neben ihrem fachlich-explorativen Charakter dienen die Vorkonferenzen auch zur Präzisierung der Veranstaltungsthemen, Einbindung von Referenten/innen und zur Sicherstellung eines aktuellen praxisorientierten Austauschs auf den Zielgruppenkonferenzen.

Auf Bitte der Regiestelle E&C haben alle Städte und Gemeinden, Landkreise und KJP-Träger spezielle Beauftragte für die Programmplattform E&C benannt, die sich auch an der fachlichen Vorbereitung und Weiterentwicklung der Zielgruppenkonferenzen, wie der Regionalkonferenzen beteiligen werden.

Damit verfügt die Regiestelle E&C für z. Zt. über 363 Gebiete über namentlich benannte Ansprechpartner/innen aus Jugendamt, Stadtplanungsamt, Quartiersmanagement und freien Trägern auf lokaler und darüber hinaus über Ansprechpersonen auf Bundes- und Landesebene.

Konferenzen der Städte und Gemeinden

12. und 13. Dezember 2005 in Erfurt

„Lokale Bündnisse für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Arbeitsformen, Methoden und Standards“

Diese Veranstaltung wurde als gemeinsame Konferenz der Quartiersmanager/innen und der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden aus E&C-Gebieten am 12. und 13. Dezember 2005 in Erfurt durchgeführt. 150 Vertreter/innen aus Praxis, Politik, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung diskutierten, welche Voraussetzungen und welches Handwerkszeug für die erfolgreiche Gestaltung von lokalen Bündnissen und Netzwerken im Stadtteil notwendig sind.

In Vorträgen zu Governance und Kooperationsbeziehungen sowie zu Sozialräumlichkeit als Form kommunaler Politikgestaltung wurden Erfahrungen aus den Bundesprogrammen Soziale Stadt, E&C und LOS reflektiert. In Foren und Arbeitsgruppen tauschten sich die Konferenzteilnehmer/innen zu Aufbau, Management und Wirkung von Netzwerken und Bündnissen aus. Zentrale Fragestellungen waren u.a.: Wie können sozialräumliche Ressourcen erschlossen und genutzt werden? Gelingt es einem Ämternetzwerk, Fördermöglichkeiten verschiedener Ressorts zu bündeln und kann dadurch eine Versäulung der Zuständigkeiten überwunden werden? Welche Möglichkeiten gibt es, die bisherige Zusammenarbeit zu bewerten und wie können diese Ergebnisse für die Weiterentwicklung der Arbeit genutzt werden?

So unterschiedlich die Rahmenbedingungen, die Strukturen und die jeweiligen Akteure im Einzelnen auch sind, gibt es doch eine Reihe von Faktoren, die beim Aufbau und der Pflege von Netzwerken eine bedeutende Rolle spielen, so das Fazit der Tagung. Zu Beginn einer erfolgreichen Arbeit steht bei allen Netzwerken eine möglichst genaue Analyse der Ausgangspotenziale. Durch die frühzeitige Bestimmung der Ziele und durch eine gemeinsame Problemdefinitionen gelingt es, Angebote zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Bewohner/innen zugeschnitten sind. Die Einbeziehung der Ressourcen und Kompetenzen kommunaler Stellen ist für den Stadtteilentwicklungsprozess eine wichtige Voraussetzung. Möglichst früh sollte Transparenz, nach innen und außen, über Ziele und Vorgehensweise hergestellt werden. Schließlich ist es wichtig, unterschiedliche Aufgabenstellungen und Kulturen der beteiligten Institutionen/Akteure nicht als Problem zu betrachten, sondern als Chance und Ressource zu nutzen. Es hat sich bewährt, hier auf eine konsequente Reflexion der Netzwerkprozesse zu setzen.

Unter den Teilnehmern/innen bestand Konsens darüber, dass Netzwerke und lokale Bündnisse wichtige Katalysatoren für eine nachhaltige Stadtteilentwicklung sind und zur wirtschaftlichen Stabilisierung von benachteiligten Gebieten beitragen können. Durch Vernetzung lassen sich Ressourcen optimieren, die Einbeziehung und Mobilisierung von Bürgerschaft und Interessengruppen trägt dazu bei, den Wirkungsbereich zu verbreitern. Gleichzeitig gilt es zu beachten, dass Netzwerkarbeit einen langen Atem voraussetzt, da sich Strukturen nur sehr langfristig ändern lassen und Rahmenbedingungen nur zum Teil beeinflussbar sind.

Der Veranstaltung war am 08. September 2005 in Berlin eine Vorkonferenz mit 12 ausgewählten Expertinnen und Experten sowie Vertretern/innen von Städten und Gemeinden der E&C-Gebiete vorausgegangen.

23. und 24. Mai 2006 in Berlin

„Kommunale Strukturen, Standards und Bedingungen nachhaltiger Entwicklung sozialer Brennpunkte – Das Jugendamt im Zentrum lokaler integrierter Handlungskonzepte für E&C-Gebiete“

Die Integration von sozialer Stadtteilentwicklung, sozialräumlich ausgerichteter Verwaltungsreform und Bewohnerbeteiligung ist eine zukunftssträchtige und nachhaltige Strategie für die Entwicklung von Chancengerechtigkeit und Zukunftsperspektiven für junge Menschen und deren Familien in sozialen Brennpunktgebieten – so ein wichtiges Fazit der Konferenz der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden aus E&C-Gebieten, die am 23. und 24. Mai 2006 in Berlin stattfand. 120 Mitarbeiter/innen aus Landkreis- und Kommunalverwaltungen (insbesondere Jugend-, Sozial- und Stadtentwicklungsämter) waren der Einladung gefolgt. Sie nutzen die Konferenz für einen intensiven Austausch mit Kommunalpolitikern/innen, Wissenschaftlern/innen und Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Bundesrepublik.

Nachdem die Bezirksstadträtin für Jugend, Familie, Schule und Sport des Berliner Stadtbezirkes Friedrichshain-Kreuzberg, Sigrid Klebba, die Teilnehmer/innen in Ihrem Heimatbezirk begrüßt hatte, widmete sich die Konferenz aus unterschiedlichen Perspektiven auf die sozialräumliche Ausrichtung öffentlicher Verwaltung. Im Zentrum standen hierbei kommunalpolitische Handlungskonzepte und die Steuerung sozialer Arbeit aus der Sicht integrierter Vorgehensweisen, aus der Sicht der Stadt(teil)entwicklung, aus der Sicht der Kinder- und Jugendhilfeentwicklung und aus der Sicht von Kommunalpolitik.

Den Spannungsbogen zwischen staatlicher Feinsteuerung und Verwaltungsreform sowie Einbeziehung der Bewohner/innen problembelasteter Stadtteile bestimmte maßgeblich die Diskussionen in den Arbeitsforen des ersten Konferenztages. In den Arbeitsgruppen am zweiten Konferenztag kam es zu anregenden Diskursen und dem Austausch von Erfahrungen über unterschiedliche Aspekte der Neustrukturierung von Aufbau und Prozessablauf öffentlicher Verwaltung in sozialen Brennpunkten sowie über das Zusammenspiel von Administrationen, freien Institutionen, Kommunalpolitik und Bürgergesellschaft.

Standards eines sozialen, integrierten Stadtteilmanagements, wie sie die kommunale Steuerung im Sinne von Sozialer Arbeit als Koproduktion kennzeichnen, sowie Per-

spektiven und Visionen auf künftige Prozesse und Vorhaben sozialer Stadtteilentwicklung im Zusammenspiel mit sozialräumlicher Verwaltungsstrukturierung in sozialen Brennpunkten standen am Ende der Konferenz.

Der Veranstaltung war am 23. März 2006 in Berlin eine Vorkonferenz mit zehn ausgewählten Expertinnen und Experten aus Städten und Gemeinden mit E&C-Gebieten aus den Bereichen Jugend, Soziales und Gesundheit sowie aus dem Bereich Stadtentwicklung vorausgegangen.

Einzelanfragen aus den Kommunen

Die Regiestelle E&C erreichen auch außerhalb der Konferenzen Einzelanfragen zu den Möglichkeiten der Umsetzung des Programms E&C und der Durchführung von Vorhaben zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen im Quartier. Neben Anfragen zur Moderation und Beratung bei Abstimmungsprozessen vor Ort richten sich die Fragen und der Beratungsbedarf maßgeblich auf die Möglichkeiten der Finanzierung durch E&C und weitere Bundesprogramme in den Gebieten der „Sozialen Stadt“. Weiterhin besteht auch Bedarf nach Beratung hinsichtlich innovativer Fördermodelle mit Mitteln der EU (z. B. ESF, XENOS).

Konferenzen der Quartiersmanager/innen

12. und 13. Dezember 2005 in Erfurt

„Lokale Bündnisse für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Arbeitsformen, Methoden und Standards“

Diese Veranstaltung wurde als gemeinsame Konferenz der Quartiersmanager/innen und der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden aus E&C-Gebieten am 12. und 13. Dezember 2005 in Erfurt durchgeführt. 150 Vertreter/innen aus Praxis, Politik, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung diskutierten, welche Voraussetzungen und welches Handwerkszeug für die erfolgreiche Gestaltung von lokalen Bündnissen und Netzwerken im Stadtteil notwendig sind.

In Vorträgen zu Good Governance und Kooperationsbeziehungen sowie zu Sozialräumlichkeit als Form kommunaler Politikgestaltung wurden Erfahrungen aus den Bundesprogrammen Soziale Stadt, E&C und LOS reflektiert. In Foren und Arbeitsgruppen tauschten sich die Konferenzteilnehmer/innen zu Aufbau, Management und Wirkung von Netzwerken und Bündnissen aus. Zentrale Fragestellungen waren u.a.: Wie können sozialräumliche Ressourcen erschlossen und genutzt werden? Gelingt es einem Ämternetzwerk, Fördermöglichkeiten verschiedener Ressorts zu bündeln und kann dadurch eine Versäulung der Zuständigkeiten überwunden werden? Welche Möglichkeiten gibt es, die bisherige Zusammenarbeit zu bewerten und wie können diese Ergebnisse für die Weiterentwicklung der Arbeit genutzt werden?

So unterschiedlich die Rahmenbedingungen, die Strukturen und die jeweiligen Akteure im Einzelnen auch sind, gibt es doch eine Reihe von Faktoren, die beim Aufbau und der Pflege von Netzwerken eine bedeutende Rolle spielen, so das Fazit der Tagung. Zu Beginn einer erfolgreichen Arbeit steht bei allen Netzwerken eine mög-

lichst genaue Analyse der Ausgangspotenziale. Durch die frühzeitige Bestimmung der Ziele und durch eine gemeinsame Problemdefinitionen gelingt es, Angebote zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Bewohner/innen zugeschnitten sind. Die Einbeziehung der Ressourcen und Kompetenzen kommunaler Stellen ist für den Stadtteilentwicklungsprozess eine wichtige Voraussetzung. Möglichst früh sollte Transparenz, nach innen und außen, über Ziele und Vorgehensweise hergestellt werden. Schließlich ist es wichtig, unterschiedliche Aufgabenstellungen und Kulturen der beteiligten Institutionen/Akteure nicht als Problem zu betrachten, sondern als Chance und Ressource zu nutzen. Es hat sich bewährt, hier auf eine konsequente Reflexion der Netzwerkprozesse zu setzen.

Unter den Teilnehmern/innen bestand Konsens darüber, dass Netzwerke und lokale Bündnisse wichtige Katalysatoren für eine nachhaltige Stadtteilentwicklung sind und zur wirtschaftlichen Stabilisierung von benachteiligten Gebieten beitragen können. Durch Vernetzung lassen sich Ressourcen optimieren, die Einbeziehung und Mobilisierung von Bürgerschaft und Interessengruppen trägt dazu bei, den Wirkungsbereich zu verbreitern. Gleichzeitig gilt es zu beachten, dass Netzwerkarbeit einen langen Atem voraussetzt, da sich Strukturen nur sehr langfristig ändern lassen und Rahmenbedingungen nur zum Teil beeinflussbar sind.

Der Veranstaltung ist am 08. September 2005 in Berlin eine Vorkonferenz mit 12 ausgewählten Expertinnen und Experten sowie Vertretern/innen von Städten und Gemeinden der E&C-Gebiete vorausgegangen.

26. und 27. April 2006 in Berlin

„Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Perspektiven von Quartiersentwicklung und Lokalem Aktionsplan in E&C-Gebieten“

Über 120 Quartiersmanager/innen und Vertreter/innen von Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aus E&C-Gebieten im gesamten Bundesgebiet diskutierten am 26. und 27. April 2006 in Berlin über lokale Strategien, mit denen sie junge Menschen und ihre Familien in sozialen Brennpunkten fördern und gleichzeitig zu einer erfolgreichen Quartiersentwicklung beitragen.

Eine kontinuierliche und ressortübergreifend abgestimmte Stadtteilarbeit, so die Erfahrungen aus der Programmplattform E&C, LOS und der Sozialen Stadt, ist eine wesentliche Voraussetzung, damit es in einem von Armut, hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil von Bewohnern/innen mit Migrationshintergrund geprägten Stadtbezirk gelingt, ein lebenswertes Klima zu schaffen. Bezogen auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen geht es für das Quartiersmanagement insbesondere darum, vorhandene Ressourcen zu stärken, frühzeitige Unterstützungsangebote für Eltern und Kinder zu entwickeln sowie Kinder und Jugendliche bei biografischen Übergängen zu begleiten und zu unterstützen. Unter dem Motto „Freiräume entdecken, nutzen und integrierte Angebote entwickeln“ wurde die Zusammenarbeit von Mitarbeitern/innen aus Elternzentren, Kitas, Schulen, Jugendmigrationsdiensten, Jugendämtern und des Quartiersmanagements vorgestellt und aufgezeigt, wie z. B. bereits bestehende Angebote/Dienste für junge Migranten/innen zugänglich gemacht werden können.

Am Beispiel von Kooperationen und gemeinsamer Projektentwicklung zwischen Jugendamt, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Beschäftigungsträgern und Quartiersmanagement tauschten sich die Teilnehmer/innen darüber aus, wie neue Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten im Stadtteil insbesondere für diejenigen geschaffen werden können, die nur schwer Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung finden. Festgestellt wurde, dass eine verbindliche Zusammenarbeit der beteiligten Akteure eine wichtige Grundlage dafür ist, dass Jugendliche beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf individuell und passgenau begleitet werden können.

Die Zukunftschancen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien in sozialen Brennpunkten zu verbessern, gelingt nicht innerhalb der einzelnen Hilfesysteme, sondern muss ämter- und trägerübergreifend organisiert werden. Nur eine auf den Sozialraum angepasste Projektentwicklung, die die Einbeziehung und Kooperation der lokalen Akteure, Einrichtungen/Dienste und der Bewohner/innen gewährleistet sowie die Aktivierung von materiellen und sozialen Ressourcen beinhaltet, führt zum Aufbau von tragfähigen Netzwerken. Und nur so, lautet ein Fazit aus den Diskussionen, kann eine langfristige Quartiersentwicklung gesichert werden.

Am 28. Februar 2006 war dieser Konferenz in Berlin eine Vorkonferenz mit 20 ausgewählten Expertinnen und Experten sowie Vertretern/innen aus den Quartiersmanagements der E&C-Gebiete vorausgegangen.

Konferenzen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe des Bundes (KJP)

Seit Juni 2002 werden zu den Zielgruppenkonferenzen für die aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) geförderten bundeszentralen freien Träger zusätzlich Einrichtungsleiter/innen der Kinder und Jugendhilfe in den E&C-Gebieten geladen, so dass sich der Teilnehmerkreis für diese Zielgruppe erweitert hat.

Seit Juni 2005 werden die Einrichtungen der insgesamt 237 Jugendmigrationsdienste in den E&C-Gebieten, die bei der Integration von jungen Zuwanderinnen und Zuwandern eine herausragende Position einnehmen, themenbezogen in den einzuladenden Teilnehmerkreis der Zielgruppenkonferenzen und Fachforen mit aufgenommen.

04. und 05. Juli 2005 in Berlin

„Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Orte der Gesundheitsförderung in E&C-Gebieten“

Mehr als 100 Fachleute aus den Bereichen Gesundheitsförderung und Kinder- und Jugendhilfe, entsendet u.a. von öffentlichen und freien Trägern, von Ämtern, Behörden, Kindertagesstätten und Schulen beschäftigten sich am 04. und 05. Juli 2005 in Berlin intensiv mit den Aspekten gesundheitsförderlichen Handelns in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in Schulen und im Stadtteil. Die als Open Space durchgeführte Konferenz verlangte den aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Expertinnen und Experten viel Kreativität und Ausdauer ab. Zugleich gelang es, eine Vielzahl von Themen aufzugreifen.

So wurde der Schutz von Opfern von Straftaten ebenso besprochen wie Möglichkeiten, Väter in sozialen Brennpunkten zu gesundheitsförderlichem Vorbildverhalten zu motivieren. Zu den besprochenen Themen zählten aber auch: das Gewährleisten solider Finanzierungsstrukturen, die Zusammenarbeit in lokalen, kommunalen, regionalen und bundesweiten Netzwerken, Krebsprävention, Rauchen, gesunde Ernährung in Schule und Kita, Partizipation oder die Einbindung sowie das Erreichen von Migrant*innen. Themenübergreifend wurden koordinierende Aufgaben des öffentlichen Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, Planungsaspekte und Qualitätskriterien für eine Gesundheitsförderung in sozialen Brennpunkten dargestellt.

Zum Gelingen der Konferenz trugen langjährige Kooperationspartner der Regiestelle E&C im Themenfeld Gesundheitsentwicklung in sozialen Brennpunkten bei: Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das Bildungsnetzwerk OPUS, Gesundheit Berlin e.V., der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK BV) und das Gesunde-Städte-Netzwerk.

17. und 18. Oktober 2005 in Berlin

„Sozialraumorientierte Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen“

Über 150 Fachkräfte aus Schulen, Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen und bundeszentralen freien Trägern arbeiteten am 17. und 18. Oktober 2005 in Berlin zu dem Themenfeld „Sozialraumorientierte Präventionsarbeit“. Das Themenspektrum umfasste alle Präventionsdisziplinen mit Bezug zu den Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, die in benachteiligten Stadtteilen aufwachsen. So wurden u.a. die Bereiche Kriminalität, Gewalt, Sucht und Vermeidung ungewollter Schwangerschaften von Minderjährigen durch Impulsreferate aufgegriffen und hinsichtlich unterschiedlicher aber auch gemeinsamer Handlungsansätze im präventiven Vorgehen diskutiert.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand dabei die Frage danach, welche Anforderungen an ein gemeinsames Handlungskonzept für Prävention und Gesundheitsförderung im Stadtteil gestellt werden müssen und welche neuen Strukturen und Angebote auf der Grundlage eines gemeinsamen Präventionsansatzes in sozialen Brennpunkten von und mit freien Trägern entwickelt werden können. Eingeführt wurde die Tagung auf der einen Seite durch zwei Plenarvorträge die die Themenfelder „Gesundheitsförderung“ und „Prävention“ durch eine systemtheoretische Sichtweise definierten und auf der anderen Seite durch einen Beitrag, der auf die pragmatischen Konsequenzen der Gemeinsamkeiten und Unterschiede fokussierte. Eine Zielsetzung der Konferenz war es, die eher versäulten Präventionsstrukturen zusammen zu bringen und die Möglichkeiten zur Entwicklung integrierter Handlungskonzepte mit Wirkung auf den Stadtteil aufzuzeigen und Ansatzpunkte für kommunale Strategien für eine disziplinübergreifende Prävention in E&C-Gebieten zu entwickeln. Hierzu dienten vorrangig Präsentationen von Good practice-Projekten in den Arbeitsgruppen des zweiten Konferenztages.

Dieser Zielgruppenkonferenz ging am 25. August 2005 in Berlin eine Vorkonferenz voraus, an der sich 12 ausgewählte Expertinnen und Experten beteiligten.

11. und 12. Mai 2006 in Leipzig

„Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten“

Über 100 Vertreter/innen von bundeszentralen freien Trägern, Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe diskutierten am 11. und 12. Mai 2006 in Leipzig, wie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren – Eltern, Kindertagesbetreuung, Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe, Arbeitsvermittlung – gelingen kann, um integrierte Angebote im und für den Stadtteil zu etablieren.

Der Einführungsvortrag zeichnete die sozialstaatlichen Veränderungen der letzten Jahre nach und arbeitete heraus, welche Folgen die neue Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft für die frei-gemeinnützigen Träger und die Gestaltung sozialer Dienstleistungen hat und wie vor diesem Hintergrund zukünftige zivilgesellschaftliche Konzepte gestaltet werden sollten. Daran anschließend wurden in drei Foren die zentralen Schnittstellen an den biographischen Übergängen junger Menschen diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die unterschiedlichen Bereiche, Jugendhilfe und Familie, Jugendhilfe und Schule sowie Jugendhilfe in Kooperation mit Schule und den für Ausbildung und Arbeitsvermittlung zuständigen Institutionen erfolgreich miteinander kooperieren können.

Die Idee lokaler Zentren als integrierte Angebote im Sozialraum war ein weiterer Schwerpunkt der Tagung. Anhand von erfolgreichen Praxismodellen wurden in unterschiedlichen Themenfeldern wie Bildung, frühkindliche Förderung und Kultur Empfehlungen zur Übertragbarkeit bei der Realisierung integrierter lokaler Zentren im Stadtteil erarbeitet. Dabei wurde u.a. deutlich, dass der Nutzen der Zusammenarbeit für alle Beteiligten deutlich werden muss und dass verbindliche Kooperationsvereinbarungen ein wichtiges Fundament für eine gelingende Kooperation darstellen.

Diese Konferenz wurde unter vorheriger schriftlicher Konsultation von neun Expertinnen und Experten vorbereitet.

3. Fachforen und Expertengespräche

Die Themen der Fachforen und Expertengespräche werden in der Steuerungsrunde festgelegt. Die Funktion der Fachforen ist es, Inhalte aufzugreifen, die allgemein für das Thema „Entwicklung und Chancen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten“ von übergeordneter Bedeutung sind. Folgende Fachforen und Expertengespräche wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

13. September 2005 in Wiesbaden

Informationstreffen „Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach SGB II und Optionskommunen mit der Kinder- und Jugendhilfe bei der Eingliederung der bis 25-Jährigen im Rahmen des Reformkonzepts ‚Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt‘“

Am 13. September 2005 trafen sich auf Einladung der Regiestelle E&C in Wiesbaden 20 Vertreter/innen der neu gegründeten ARGEn bzw. Servicestellen der Optionskommunen nach dem SGB II um sich über Möglichkeiten künftiger Kooperationen zwischen den Akteuren der Programmplattform E&C und denen der neuen Arbeitsmarktinstrumente des SGB II auszutauschen. Ziel war es, die Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Umsetzung des SGB II vor Ort kennen zu lernen und Hinweise für die Diskussion mit den Trägern und Akteuren vor Ort zu erhalten. Ein Ergebnis war die Feststellung, dass es zum Teil schon gut entwickelte Strukturen und Standards gibt, die besonders auf die Belange von jungen Menschen unter 25 Jahren ausgerichtet sind (Jobcenter „U 25“, Einbeziehung der Jugendhilfe u.a.).

Das Informationstreffen diente zudem zur Vorbereitung der Planung weiterer Veranstaltungen zum Thema. Als nächster Schritt wurde ein Werkstattgespräch am 8. Dezember 2005 in Berlin vereinbart, zu dem neben den neu gewonnenen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern aus den ARGEn und Servicestellen Experten/innen aus der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe eingeladen wurden.

04. und 05. Oktober 2005 in Berlin

Arbeitstreffen „Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa – eine Chance für Soziale Brennpunkte“

Zur Vorbereitung der Europäischen Fachkonferenz 2006 „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ organisierte die Regiestelle E&C am 04. und 05. Oktober 2005 in Berlin ein Arbeitstreffen der Initiatoren.

Neben organisatorischen Absprachen wurden Hinweise zur Fortführung des Berlin-Prozesses und zur Fachkonferenz im Januar 2006 erarbeitet. Die Themen der Fachkonferenz: „Junge Menschen erobern Räume – Partizipation und Beteiligung vor Ort“, „Good Governance und integrierte Ansätze – Standards für die Zusammenarbeit von Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft“, „Interkulturelle Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen“, „Der Beitrag non-formaler Bildung für die beruflichen Perspektiven von benachteiligten Jugendlichen“ sowie „der Forschungsdialo g zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Jugendarbeit“ wurden ebenso bestätigt wie auch der Nutzen eines transkommunalen Austauschs auf europäischer Ebene.

08. Dezember 2005 in Berlin

Werkstattgespräch „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“

Am 08. Dezember 2005 nahmen 35 Expertinnen und Experten aus der kommunalen Jugendhilfe und den neu gewonnenen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern (ARGen bzw. Servicestellen der Optionskommunen) in Berlin an einem Werkstattgespräch teil und tauschten sich über Eckpunkte kommunaler Konzepte für die berufliche Integration von jungen Menschen aus.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Fragen, wie die Systeme der SGB II, III und VIII kompatibel gemacht werden können und wie eine übergreifende und strategische Maßnahmenplanung und Steuerung für die Zielgruppe „U 25“ gestaltet sein sollte. Im Ergebnis der Veranstaltung waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber einig, dass sich die Jugendhilfe nicht aus dem Prozess der Arbeitsmarktintegration junger Menschen zurückziehen darf, sondern vielmehr ihre bewährten Kompetenzen einbringen muss. Es gilt gemeinsam Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Dazu wurden in den Arbeitsgruppen konkrete Projekte und Möglichkeiten der Kooperation erwähnt.

Die Ergebnisse des Werkstattgespräches, dabei insbesondere die Hinweise aus den Arbeitsgruppen, dienten der Vorbereitung des Fachforums „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ am 16. und 17. Februar 2006 in Hannover.

30. Januar bis 01. Februar 2006 in Straßburg

Berlin-Prozess – Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche: Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland (BMFSFJ) hat in Kooperation mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarats und dem Französischen Ministerium für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände vom 30. Januar bis 01. Februar 2006 in Straßburg erfolgreich eine Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ durchgeführt. Damit wurde der im Jahr 2004 begonnene „Berlin-Prozess – Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ fortgesetzt.

Wie die Bundesministerin Ursula von der Leyen in ihrem Interview zur Konferenz deutlich machte, ist das Ziel dieser Initiative, verschiedene Praxiserfahrungen und Lösungsansätze aus europäischen Kommunen zusammenzubringen und einen europaweiten Prozess Regionen übergreifenden Lernens anzustoßen.

Über 280 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 32 europäischen Staaten und 123 Kommunen nahmen an der Straßburger Konferenz teil und diskutierten drei Tage in fünf Arbeitsgruppen über kommunale Strategien zur Verbesserung der Zukunfts-

chancen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten. Eröffnet wurde die Konferenz durch die Stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, Frau Maud de Boer-Buquicchio, die Bürgermeisterin der Stadt Straßburg, Frau Fabienne Keller, Herrn Dr. Peter Fricke, Abteilungsleiter im BMFSFJ sowie Herrn Valéry Genniges, Vertreter des Kabinetts des französischen Ministers für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände und Herrn Jordi Curell Gotor, Referatsleiter für Jugendpolitik der Direktion Jugend, Sport und Beziehungen mit den Bürgern der Europäischen Kommission.

In ihrem Eingangsstatement verwiesen die Sprecherinnen und Sprecher auf die gemeinsame europäische Aufgabe: Die Herausforderung, allen jungen Menschen in den benachteiligten Stadtteilen europäischer Kommunen gute Möglichkeiten für ihre Entwicklung zu bieten und so durch Integration den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der europäischen Gesellschaften zu sichern. Der Europarat sieht dabei große Chancen in einem transkommunalen Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene. Die stellvertretende Generalsekretärin beschrieb es folgendermaßen: „...this conference is an opportunity (...), creating a peer-to-peer-network of cities exchanging software for social inclusion.“

Herr Dr. Fricke machte für das BMFSFJ in seiner Eröffnungsrede deutlich, dass Deutschland die Präsidentschaft in der EU im nächsten Jahr nutzen wird, um gemeinsam mit der Europäischen Kommission die Ergebnisse des Berlin-Prozesses weiterzuführen.

In seinen Schlussfolgerungen zur Konferenz verwies Yavuz Mildon, Vize-Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates auf die Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppen, in denen über 30 Städte ihre Praxis zu Diskussion stellten. Die Beiträge aus den Arbeitsgruppen haben in besonderem Maße verdeutlicht, dass die europäischen Kommunen zu ihrer Verantwortung und Aufgabe stehen, Integration zu gestalten und zu moderieren und zusammen mit den Fachkräften, Nichtregierungsorganisationen und den Bewohnerinnen und Bewohnern die Zivilgesellschaft weiter zu entwickeln. Ein vorbeugender Ansatz der Integration muss auf alle benachteiligten Kinder und Jugendlichen zielen. Dazu gehört gezielte Sprachförderung, ein qualifizierter Schulabschluss, eine Perspektive auf Arbeit und die Möglichkeit von jungen Menschen, ihre Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Zentral ist eine Beschäftigungsperspektive für alle Jugendlichen.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft Europas. Wie die Beispiele aus europäischen Kommunen verdeutlicht haben, gehören in sozial benachteiligten Stadtteilen integrierte Ansätze und Strategien zum Fachstandard, die Kindern, Jugendlichen und ihren Familien bessere Zukunftschancen ermöglichen. Wegen der Bedeutung der Konferenz auf europäischer Ebene wurde während der Konferenz der europäische Jugendpreis „Young Active Citizens“ 2005 des Europarats verliehen. Ausgezeichnet wurden fünf Projekte, die die Zusammenarbeit zwischen Kommunal- und Regionalbehörden und Jugendlichen fördern.

Dem Wunsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz nach der Fortsetzung des Berlin-Prozesses hat die Regiestelle E&C in der Weise entsprochen, dass für die Zeit bis zu einer Folgekonferenz ein transkommunaler Erfahrungsaustausch über das Internet unter www.berlinprocess.eu ermöglicht wurde.

16. und 17. Februar 2006 in Hannover

Fachforum „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“

250 Vertreterinnen und Vertreter von Jugendämtern, Trägern des SGB II und Arbeitsagenturen, von Schulen und Jugendmigrationsdiensten aus E&C-Gebieten im ganzen Bundesgebiet diskutierten am 16. und 17. Februar 2006 in Hannover die Frage, wie benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Der Staatssekretär im BMFSFJ, Gerd Hoofe, erklärte in seinem einführenden Vortrag: „Im Mittelpunkt aller Anstrengungen, die mit der Umsetzung des SGB II verbunden sind, stehen die Jugendlichen, die eine Chance auf eine gute Ausbildung und eine Perspektive Arbeit und Zukunft brauchen. Daher muss es Ziel sein, die neu eingeführten Förderungsmöglichkeiten so einzusetzen, dass jede und jeder Jugendliche ein passendes, auf ihre/seine individuelle Persönlichkeitsentwicklung abgestimmtes Angebot erhält. Nur so verstanden wird die berufliche Integration auch langfristig erfolgreich sein. Dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass auch zukünftige Hilfebedürftigkeit vermieden wird, und damit werden auch die öffentlichen Haushalte langfristig entlastet. Ergebnis ist eine positive Sozial- und Finanzbilanz. Wir alle wissen, dass die Einführung neuer Gesetze allein nicht ausreicht, entscheidend ist immer die Umsetzung vor Ort.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich auf dem Fachforum über Möglichkeiten aus, die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt auf der Grundlage kommunaler Gesamtstrategien zu verbessern. Dabei wurden z. B. Standards für Arbeitsgelegenheiten für Jugendliche und die Möglichkeiten diskutiert, die Jugendkonferenzen oder schriftliche Kooperationsvereinbarungen als Grundlage für die Zusammenarbeit vor Ort bieten.

Anhand konkreter Projekte wurden Beispiele für die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Trägern der Grundsicherung bei der Umsetzung des SGB II vorgestellt. Hier standen Themen wie z. B. die Arbeitsmarktintegration junger Menschen mit Migrationshintergrund, die Vermeidung von Schulmüdigkeit und die gemeinsame Planung und Finanzierung von Leistungen nach den SGB II und VIII durch die ARGE bzw. das Jobcenter und die örtliche Jugendhilfe im Mittelpunkt.

Ein erstes Fazit des Fachforums ist, dass es gerade in den E&C-Gebieten bereits vielversprechende Ansätze für Kooperationen bei der beruflichen Integration junger Menschen gibt. Als wichtige Grundlagen hierfür haben sich die Verständigung über die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen der jeweiligen Institutionen sowie eine gemeinsame Zielsetzung erwiesen.

02. Mai 2006 in Berlin

Expertengespräch „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“

Zur Vorbereitung des für Juni 2006 in Berlin geplanten E&C-Fachforums „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ führte die Regiestelle E&C am 2. Mai 2006 in Berlin ein Expertengespräch durch.

Die teilnehmenden Expertinnen und Experten legten hier die inhaltliche und didaktische Ausrichtung des Fachforums fest. Dabei sollen lokale Strategien und Ansätze zur erfolgreichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in sozialen Brennpunkten im Mittelpunkt des Fachforums stehen. Aus einer akteurs- und institutionenübergreifenden Perspektive werden mögliche Wege zur Entwicklung integrierter Angebote im sozialen Nahraum beleuchtet. Die Veranstaltung richtet sich an Vertreter/innen öffentlicher und freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe, an kommunale Akteure aus Stadtentwicklung, Bildung, Arbeit und Gesundheitsförderung und an Fachkräfte von Schulen, Kindertageseinrichtungen, Quartiersmanagements und Jugendmigrationsdiensten.

Neben Fachvorträgen und Diskussionsforen, in denen Anforderungen an neue Konzepte und die Zusammenarbeit vor Ort diskutiert werden, präsentieren sich Beispiele gelungener Praxis in zentralen Feldern für die Integration junger Menschen, wie Bildung, Gesundheitsförderung, Sprachförderung, Partizipation, Bürgerschaftliches Engagement und Kriminalitätsprävention.

08. Mai 2006

Werkstattgespräch „Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“

Am 08. Mai 2006 nahmen 12 Lokaljournalisten/innen von Printmedien und Fernseh- und Hörfunkredaktionen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands auf Einladung der Regiestelle E&C an einem Werkstattgespräch teil, um sich über das Auftreten von Rechtsextremismus im lokalen Umfeld und die Arbeitsbedingungen von Medienvertretern vor Ort auszutauschen. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung in Berlin durchgeführt.

Toralf Staud, freier Journalist und Autor des Buches „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“, gab zunächst einen Überblick über die Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus. Dr. Hauke Hartmann, Leiter des Projektes „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der Bertelsmann Stiftung, stellte im Anschluss die Forschungsergebnisse der (Teil-)Untersuchung „Rechtsextremismus und Fernsehen – Wie berichten Journalisten?“ vor.

In Form einer Werkstatt diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag anhand von Beispielen journalistischer Arbeit zu vier Themen ihrer Wahl. Dabei ging es z.B. um die Frage, ob die NPD eine „normale“ Partei ist, um Formen und Aussagen medial vermittelter Bilder bei der Fernsehberichterstattung,

den Umgang mit Rechtsextremisten als Talkshow-Gäste sowie mit Presseerklärungen, Reden und Veranstaltungen von Rechtsextremisten.

26. und 27. Juni 2006 in Berlin

Fachforum „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“

300 Vertreter/innen öffentlicher und freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe, kommunale Akteure aus Stadtentwicklung, Bildung, Arbeit und Gesundheitsförderung und Fachkräfte von Schulen, Kindertageseinrichtungen, Quartiersmanagements und Jugendmigrationsdiensten diskutierten am 26. und 27. Juni 2006 in Berlin Strategien der Verbesserung der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Ausgangspunkt der Fachveranstaltung war die Übereinkunft, dass die Integration junger Menschen und ihrer Familien mit Migrationshintergrund eine zentrale Herausforderung und Aufgabe für die Städte und Gemeinden ist. Sie erfordert neue Konzepte der Teilhabe und neue Handlungsansätze in den Bereichen Stadtentwicklung, Bildung und Arbeit, Gesundheitsförderung und Soziale Dienste.

Die Erfahrungen aus den E&C-Gebieten zeigen, dass junge Menschen aus sozialen Brennpunkten, insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oft mit schlechten Chancen in das berufliche und gesellschaftliche Leben starten. Eine wesentliche Bedeutung im Prozess der Integration kommt der Bildung, insbesondere dem frühzeitigen Erlernen der Sprache und dem Erwerb von sozialen Schlüsselkompetenzen zu. In vielen Städten gibt es hierzu erfolgreiche Initiativen, die auf vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Ganztagschulen, Kindertagesstätten, Quartiersmanagement, Migrantenorganisationen, Stadtteilzentren und Bewohnerinitiativen beruhen. Die gelungenen Praxismodelle, die beispielsweise Schulmüdigkeit, Schulverweigerung und Schulabbruch verhindern bzw. auffangen, haben alle eines gemeinsam: Sie beginnen möglichst früh (präventiver Ansatz), sie fördern individuell, sie ermöglichen Erfolgserlebnisse und sie öffnen sich der Lebenssituation der Schüler/innen und deren Eltern. Außerschulische Lernorte und Partner müssen die Bildungsarbeit an Schulen ergänzen. Kommunikations-, Erfahrungs- und Experimentierräume mit interessanten und für Jugendliche attraktiven Angeboten sind notwendig.

Neben Fachvorträgen und Diskussionsforen, in denen Anforderungen an neue Konzepte und die Zusammenarbeit vor Ort diskutiert werden, präsentierten sich Beispiele gelungener Praxis in den zentralen Handlungsfeldern für die Integration junger Menschen, wie z. B. Bildung, Gesundheitsförderung, Sprachförderung, Bürgerchaftliches Engagement und Kriminalitätsprävention.

Lokale Strategien und Ansätze zur erfolgreichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in sozialen Brennpunkten standen im Mittelpunkt des E&C-Fachforums. Aus einer akteurs- und institutionenübergreifenden Perspektive wurden mögliche Wege zur Entwicklung integrierter Angebote im sozialen Nahraum beleuchtet und Empfehlungen zur Übertragbarkeit erarbeitet.

Stand der Vorbereitung weiterer Fachveranstaltungen

Für den 25. und 26. September 2006 ist eine E&C-Bilanzkonferenz mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen E&C Zielgruppen in Leipzig geplant. Thematisch soll die Bilanzkonferenz Foren zu den Querschnitts- und Schlüsselthemen der Programmplattform E&C bieten und den europäischen Ansatz des transkommunalen Erfahrungsaustauschs „Berlin-Prozess“ einbeziehen. Vorgeschlagen wurde ferner eine Messe der bundesweiten Modellprogramme, wie z. B. LOS, Lokale Bündnisse für Familie, Kompetenzagenturen, Soziale Stadt, Bildungscen, Lernende Regionen u.a. Der Programmwurf wurde dem BMFSFJ am 06. April 2006 zur Abstimmung vorgelegt und befindet sich noch in der Abstimmung.

Die Regiestelle E&C hat eine Übersicht der über 10.000 bestehenden Ansprechpartner/innen und Kooperationspartner/innen aus den verschiedenen Themenfeldern und Fachdisziplinen in den E&C-Gebieten zusammengestellt und der Steuerungsrunde E&C vorgelegt.

Alle Ergebnisse der BMFSFJ-Programmplattform E&C werden zum Ende der zweiten Programmperiode am 31. Dezember 2006 aufbereitet und dokumentiert.

Jugendmigrationsdienste

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) räumt in seinem Kapitel 18 der Förderung sozialräumlicher und integrativer Ansätze zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund einen hohen Stellenwert ein. Mit dem ab 01. Januar 2001 in Kraft getretenen neuen Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes wurde das Programm 18 „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“ für weitere Zielgruppen geöffnet. Im Zuge der Weiterentwicklung und Umstrukturierung dieses Programms wurden die ehemaligen Jugendgemeinschaftswerke, die bisher für die Zielgruppe der Aussiedler/innen zuständig waren, umgestaltet in Jugendmigrationsdienste. Damit sind die sich neu konstituierenden Jugendmigrationsdienste gleichzeitig Teil eines künftigen Gesamtintegrationskonzeptes und eines bundesweiten Integrationsprogramms für Zuwanderinnen und Zuwanderer. Als Angebot der Jugendsozialarbeit sollen die Jugendmigrationsdienste neben der zielgruppenorientierten Arbeit mit anderen, für die jungen Zuwanderinnen und Zuwanderer relevanten Diensten und Einrichtungen kooperieren und für diese eine Anlauf-, Koordinierungs- und Vermittlungsfunktion wahrnehmen.

Sie fungieren damit als zentrale Stelle für alle kommunalen und regionalen Kooperationspartner, die sich um die Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund bemühen. In der regionalen Arbeit im Stadtteil ergeben sich vielfältige Schnittstellen zwischen den genannten Bundes(modell)programmen und den Jugendmigrationsdiensten. Projektbezogene Kooperationen zwischen den Akteuren/innen der Jugendmigrationsdienste und der E&C-Programmplattform bestehen bereits und sind in einigen Städten z. T. schon gut entwickelt.

Nach Recherche der Regiestelle E&C im Jahr 2004 waren für 228 von den damals 331 bekannten E&C-Gebieten und zusätzlich für 9 Landkreise entsprechende Jugendmigrationsdienste zuständig. Die Regiestelle E&C hat diesbezüglich eine Liste

erstellt, mit der den einzelnen E&C-Gebieten der jeweilige Jugendmigrationsdienst mit Träger, Verband und Adresse zugeordnet wurde. Diese Liste wird laufend aktualisiert und fortgeschrieben.

Da die Jugendmigrationsdienste in E&C-Gebieten bei der Integration von jungen Zuwanderinnen und Zuwandern eine herausragende Position einnehmen, hat die Regiestelle E&C im Dezember 2004 den Mitgliedern der Steuerungsrunde E&C empfohlen, die Einrichtungen der insgesamt 237 Jugendmigrationsdienste themenbezogen in den einzuladenden Teilnehmerkreis ihrer Zielgruppenkonferenzen und Fachforen mit aufzunehmen. Nach der Starterkonferenz Jugendmigrationsdienste im Juni 2005 wurde dies im Berichtszeitraum kontinuierlich umgesetzt.

4. Regionalkonferenzen

Anfang März 2003 wurde die Regiestelle E&C vom BMFSFJ gebeten, das Konzept der „Regionalkonferenzen“ nicht mehr umzusetzen. Daraufhin wurden die in den Vorjahren mit der Durchführung und Dokumentation der Regionalkonferenzen beauftragten Institutionen Lawaetz-Stiftung, Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. sowie das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Jena im ersten Halbjahr 2003 jeweils einmalig mit der Durchführung einer Fachkonferenz in der Region beauftragt.

Die zum Zweck eines regionalspezifischen Überblicks über die auf Landesebene bereits vorhandenen Strukturen und Aktivitäten im Bereich der sozialräumlich orientierten Kinder- und Jugendhilfe erstellten Expertisen für die einzelnen Bundesländer sind weiterhin im Internet auf der E&C-Homepage abrufbar.

5. Expertisen

Expertisen wurden im Berichtszeitraum weder in Auftrag gegeben noch veröffentlicht.

6. Sonderveranstaltungen

Bildungsinitiative „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“

Die Bildungsinitiative „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“ kam auf Initiative von Microsoft Deutschland zustande und hat das Ziel, die Sprachkompetenz von Vorschulkindern zu fördern. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Renate Schmidt, hat die Schirmherrschaft übernommen. Die Programmplattform E&C ist ein Partner dieser Bildungsoffensive.

Im Rahmen dieses Public Private Partnership-Projektes wurden seit dem Jahr 2003 bislang mehr als 5.000 Kinder aus 300 überwiegend in E&C-Gebieten liegenden Einrichtungen erreicht. Ziel der bundesweiten Schlaumäuse-Initiative ist es, das Sprachvermögen von Kindern im Alter von vier bis sechs Jahren mit Hilfe neuer

Medientechnologien gezielt zu fördern. Die Schlaumäuse-Initiative richtet sich im besonderen Maße an Einrichtungen in sozial benachteiligten Stadtteilen. Vorgestellt wurde die Initiative zudem auf dem E&C-Fachforum „Konzepte der frühkindlichen Sprachförderung“ am 9. und 10. Mai 2005 in Berlin.

Seit Start der „Schlaumäuse“ im April 2003 hat sich die Bildungsinitiative zu einem großen Erfolg entwickelt. Da sich jedes Jahr weitaus mehr Kindergärten bewerben, als Plätze vorhanden sind, hat Microsoft Deutschland das Netzwerk „Schlaumäuse - unterstützt durch Microsoft-Partner“ ins Leben gerufen. Es richtet sich an die bundesweit mehr als 20.000 Wirtschafts- und Vertriebspartner von Microsoft Deutschland. Der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes durch die ComputerLernWerkstatt an der Technischen Universität Berlin, die zweihundert Kindergärten der ersten beiden Jahre untersucht hat, wurde auf der Homepage der Schlaumäuse-Initiative unter www.schlaumaeuse.de veröffentlicht.

Kooperationsverbund zur Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten

Gesundheitsförderung und die Verringerung gesundheitlicher Chancenungleichheit von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen hat sich im E&C-Prozess der letzten Jahre zu einem zentralen Querschnittsthema entwickelt. Ausgehend von drei in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) durchgeführten E&C-Fachforen („Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten“ in 2002; „Vernetzung – Macht – Gesundheit“ in 2003 und „Perspektive: Gesunder Stadtteil“ im Januar 2004) wird den gesundheitsfördernden Aspekten der Stadtteilentwicklung zunehmend eine besondere Bedeutung beigemessen.

So hat z. B. die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen ihren Leitfadens Prävention grundlegend überarbeitet hat. Der Leitfaden beschreibt gemeinsame und einheitliche Handlungsfelder und Kriterien der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Umsetzung von § 20 Abs. 1 und 2 SGB V. Die am 20. Februar 2006 in Berlin vorgestellte Neuauflage akzentuiert gegenüber der Ursprungsversion aus dem Jahr 2000 drei der vier vorrangigen Handlungsfelder neu. Besonderes Augenmerk legen die Kassen bei der Überarbeitung des Leitfadens auf das Thema „Soziale Chancengleichheit“ Diese zu fördern ist Teil des in § 20 Abs. 1 SGB V formulierten gesetzlichen Auftrages und durchzieht als Leitidee auch die neugefassten Präventionskriterien.

Da sozial Benachteiligte erfahrungsgemäß durch die üblichen Kurs-Angebote kaum erreicht werden, setzen die Spitzenverbände der Krankenkassen zur Erreichung dieser Zielgruppe verstärkt auf den sogenannten Settingansatz. Dies bedeutet, Personen in ihrem Lebensumfeld zu erreichen, insbesondere in Kindergärten und Schulen, sozial benachteiligten Stadtteilen und Einrichtungen oder Heimen mit einem hohen Anteil an Bewohnern mit niedrigem sozialen Status.

Der Kooperationsverbund zur „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ stützt sich auf die drei Bausteine „Projektdatenbank“, „Good Practice“ und „regionale Knoten“. Ausgangspunkt war im Jahr 2002 eine bundesweite Erhebung zu Projekten der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten der BZgA, aus der zusam-

men mit einem beratenden Arbeitskreis, an dem sich die Regiestelle E&C fortlaufend beteiligte, die Datenbank: „Projekte und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ entwickelt wurde. Im Herbst 2003 erklärten wichtige Akteure der sozialogenbezogenen Gesundheitsförderung ihren Willen zur Zusammenarbeit und die Gründung des Kooperationsverbundes zur „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“. Im Jahr 2004 trat der Bundesverband der Betriebskrankenkassen bei, der im Rahmen der BKK-Initiative „Mehr Gesundheit für alle“ modellhaft Wege einer sozialraumbezogenen Gesundheitsförderung erprobt.⁴

Im Rahmen dieser Initiative beteiligte sich die Regiestelle E&C am beratenden Arbeitskreis des Kooperationsverbundes und an Kooperationstreffen am 27. Oktober 2005 und am 02. März 2006. Die Stiftung SPI trat am 27. Oktober 2005 in Essen dem Kooperationsverbund bei.

Nationale Kampagne zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten

Für September/Oktober 2006 ist der Start einer nationalen Kampagne zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen geplant, bei der der Botschafter 2006 der Schauspieler Ralf Möller sein wird. Ralf Möller hat, aus „einfachen“ Verhältnissen stammend, über Bodybuilding eine ungewöhnliche Karriere bis hin zum in Hollywood anerkannten Schauspieler in Actionfilmen gemacht.

Die Regiestelle E&C wurde im Februar 2006 vom BMFSFJ beauftragt, eine Projektanfrage bei den Quartiersmanagements zu veranlassen und in der Folge ein Konzept zur Umsetzung einer Tour bei Initiativen und Vereinen in sozialen Brennpunkten zu entwickeln. Idee ist, dass ein Besuch des Herrn Möller bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insbesondere mit Migrationshintergrund), die ihre Selbstfindung und Persönlichkeitsentwicklung und ihre soziale Anerkennung (weitestgehend) im Sportbereich bzw. im Feld des Bodybuilding suchen und finden, zur Bestätigung und erfolgreichen Integration beitragen kann.

Die Regiestelle hat vorgeschlagen, dass Herr Möller an vier aufeinander folgenden Tagen eine begleitete und vorbereitete Rundreise zu den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in zwei bis drei sozialen Brennpunkten pro Tag absolviert – insgesamt werden bis zu 43 Projekte angelaufen. Jeder Termin wird von den lokalen Anleitern/innen vorbereitet und Herr Möller wird nebst Begleitung und Presse empfangen. Im Rahmen eines vorbereiteten Programms werden z.B. persönliche Gespräche mit den Jugendlichen und eine Autogrammstunde im sozialen Brennpunkt durchgeführt. Durch die aktive Einbeziehung von lokalen Vertretern von Stadt, Sportvereinen, ggf. lokalen Sportgrößen sollen die Anstrengungen und Aktivitäten durch den Besuch von Ralf Möller gewürdigt und die Anstrengungen vor Ort öffentlich anerkannt werden. Die Auswahl der Standorte orientiert sich an der räumlichen Erreichbarkeit innerhalb eines Tages, bei mehrtägiger Tour an der Streckenführung einschließlich Übernachtung, sowie den Projekteinhalten und den Zielgruppen. Über den

⁴ Vgl. 5. Zwischenbericht Regiestelle E&C, Überarbeitete und ergänzte Fassung vom 14. September 2005, S. 37.

Termin sowie über die Tour flankierende Maßnahmen wie z.B. eine PR-Kampagne, Pressearbeit und Sponsoringmaßnahmen ist derzeit noch nicht im Detail entschieden worden.

Initiative des 6. Deutsch-Französischen Ministerrats „Europa der Chancengleichheit – Integration ist Zukunft“

Auf Initiative des 6. Deutsch-Französischen Ministerrats „Europa der Chancengleichheit – Integration ist Zukunft“ (Beschluss vom 14.03.2006) ist für das Jahr 2006 der Start einer Initiative zum Austausch deutscher und französischer Fachkräfte aus den Bereichen Stadtentwicklung, Jugend und Soziales sowie eine Best Practice-Konferenz geplant. Dies geschieht in enger Kooperation mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk. Im Auftrag des BMFSFJ nahm die Regiestelle E&C am 05. April und am 19. Juni 2006 in Berlin an einem Arbeitstreffen zur Vorbereitung dieser Initiative teil.

Mitte Juni wurde parallel dazu eine Abfrage bei den deutschen und französischen Ansprechpartnern/innen des Berlin-Prozesses gestartet und um Rückmeldung gebeten, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen ein solcher Fachkräfteaustausch mit französischen Partnern, die unter vergleichbaren Bedingungen bzw. an ähnlichen Problemen in benachteiligten Stadtteilen arbeiten, von Interesse sein könnte und welche Aktivitäten und Konzepte in den beteiligten Kommunen in diesem Handlungsfeld bereits umgesetzt werden. Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats wurde einbezogen und hat zugesagt, über seinen Städteverteiler ebenfalls zu informieren.

Beteiligung der Regiestelle E&C bei weiteren Veranstaltungen

Während des Berichtszeitraums wurde die Regiestelle E&C kontinuierlich bundesweit bei unterschiedlichen Fachtagungen, Arbeitskreisen und Kongressen um eine Beteiligung gebeten; nachfolgend eine Auswahl:

- Auf Einladung des BMFSFJ nahm die Regiestelle E&C am 19. Mai 2005 in Berlin an einem Fachgespräch zur Integration von Zuwanderern in der Stadt teil.
- Am 27. September 2005 beteiligte sich die Regiestelle E&C mit einem Vortrag „Vernetzung von Bildung, Jugendhilfe und Quartiersmanagement im Rahmen der Programmplattform E&C“ auf der Bundesfachtagung „Niemanden zurücklassen! Integration durch Schulsozialarbeit an Ganztagschulen“ in Recklinghausen.
- Am 27. und 28. September 2005 nahm die Regiestelle E&C am Workshop „Schule im Kontext sozialräumlicher Kooperationen“ der wissenschaftlichen Begleitung E&C/LOS des DJI in Eisenach teil.
- Im Rahmen der kontinuierlichen Mitarbeit der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft „Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung (AG GSE) bereitete die Regiestelle E&C einen Workshop zum Thema: „Bewegungsmangel und seine Folgen“ im Themenbereich „Bewegungsförderung und Barrierefrei-

heit in der sozialen Stadtentwicklung“ für die 11. bundesweite Konferenz: „Armut und Gesundheit – Neue Bewegungen für Gesundheit“ vom 18. und 19. November 2005 in Berlin vor.

- Am 9. Februar 2006 beteiligte sich die Regiestelle E&C in Mainz mit einem Beitrag zu sozialräumlichen Aspekten der Familien- und Kinderarmut auf der Fachtagung „Armut und Ausgrenzung von Familien und Kindern. Möglichkeiten der Prävention und Überwindung“ des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz zum EU-Projekt: Nationale Sensibilisierungsmaßnahmen zum Thema „Soziale Integration“.
- Mit dem Vortrag „Gesund und munter – junge Menschen in sozialen Brennpunkten“ beteiligte sich die Regiestelle E&C am 09. März 2006 an der Regionalkonferenz „Soziale Stadt Saarland“ in Merzig.
- Am 18. Mai 2006 beteiligte sich die Regiestelle in Berlin an einem Fachtag anlässlich der Abschlussveranstaltung des Bundesmodellprojekts des BMFSFJ „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit“ (SoFJA).
- Fortlaufende Beteiligung der Regiestelle E&C am beratenden Arbeitskreis zum Aufbau einer Datenbank: „Projekte und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ der BZgA Köln.

V. Zusammenfassung und fachliche Ergebnisse

Im Berichtszeitraum wurde die einheitliche Außendarstellung der Programmplattform E&C mit ihren Einzelaktivitäten und Projekten fortgeschrieben und weiter entwickelt. Neben den bereits gewonnenen festen Ansprechpartnern bei allen relevanten Zielgruppen wurden neue Akteure für eine Beteiligung an der Programmplattform E&C insbesondere auch aus den neu benannten Gebieten der „Sozialen Stadt“ gewonnen.

Weiterhin besteht die Mitwirkung der Akteure an E&C in der Teilnahme und inhaltlichen Mitarbeit bei Veranstaltungen der Regiestelle E&C sowie in der steigenden Nutzung des Onlineangebots. Dies wird durch die Entwicklung der Zugriffszahlen bei der Homepage E&C und bei den Newsletter-Abos deutlich belegt. Die Attraktivität der Programmplattform E&C hat sich während des Berichtszeitraums auch am Besucherinteresse bei den Fachveranstaltungen sowie in Form von Anfragen an die Regiestelle nach Beratung sowie Vorstellung der Programmplattform E&C bei Tagungen Dritter gezeigt.

Die bei den Fachveranstaltungen und Zielgruppenveranstaltungen für die kommunalen Ansprechpartner/innen, die Quartiersmanager/innen sowie die aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderten bundeszentralen freien Träger im Jahr 2002 durch den Einbezug von Einrichtungsleiter/innen aus den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“/E&C erreichte neue Qualität in der Ausgestaltung und fachlichen Diskussion wurde im Berichtszeitraum, z. B. Erweiterung der Angebote für die Zielgruppen Mitarbeiter/innen von Jugendmigrationsdiensten und Vertreter/innen der kommunalen Arbeitsverwaltungen, ausgebaut.

Der Schwerpunkt der Vernetzung und gemeinsamen Projektentwicklung hat sich aus Sicht von E&C vor Ort deutlich in Richtung Querschnittsprojekte verlagert – wobei hier in erster Linie Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe kooperieren. Beteiligungsverfahren und die Orientierung am Paradigma der Sozialräumlichkeit sind heute als fachlicher Standard anerkannt.

Im August 2003 hatte die Regiestelle auf Bitten der Steuerungsrunde E&C ein Diskussionspapier „Weiterentwicklung der Programmplattform Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, E&C“ vorgelegt, welches eine Auswertung der ersten Programmperiode E&C 2000-2003 sowie alternative Vorschläge zu den bestehenden Veranstaltungstypen enthält. Bestandteil dieser Diskussionsvorlage, die vom Charakter her als Grundlage für die weitere Diskussion und Beschlussfassung in der Steuerungsrunde E&C angelegt war, war auch ein Vorschlag zur Weiterentwicklung der Fachthemen der Programmplattform E&C in Form von Querschnittsthemen und Schlüsselthemen.

Nach Abstimmung mit dem BMFSFJ und Freigabe der Veranstaltungsplanung E&C II. Halbjahr 2005-2006 hatten sich die Angebote der BMFSFJ Programmplattform E&C in den Jahren 2005/2006 besonders auf drei Schwerpunkte konzentriert:

- Wege benachteiligter Jugendlicher in Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung/Übergang Schule – Beruf (Auswirkungen der Hartz-Reformen)
- Migration, Integration, Sprachförderung
- Orte der Bildung im Stadtteil (Kitas, Schulen, Stadtteilzentren)

Mit der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Reform der Arbeitsmarktpolitik stellen sich im Themenschwerpunkt „Wege benachteiligter Jugendlicher in Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung/Übergang Schule – Beruf“ auf kommunaler Ebene tief greifende Zuständigkeits- und Strukturanpassungsherausforderungen, deren Bewältigung unmittelbare Auswirkungen auf die erfolgreiche berufliche Integration junger Menschen haben. Gerade die kommunalen Jugendämter stehen im Rahmen der Hartz IV-Umsetzung in ihren Kommunen in der Verantwortung, für die berufliche Orientierung und für den Übergang in Ausbildung und Beruf pädagogische Standards der Benachteiligtenförderung, der Beratung und Begleitung abzusichern. Hierzu ist tätiges Einmischen in die nach dem SGB II vorgesehenen Prozesse der Vermittlung und Beschäftigungssicherung für junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren nötig.

Dazu hat die Regiestelle E&C im September 2005 ein Informationstreffen, im Dezember 2005 ein Werkstattgespräch und im Februar 2006 das Fachforum „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ durchgeführt, die aktuelle Entwicklungen und unterschiedliche Modelle der Umsetzung des SGB II hinsichtlich der Mitgestaltungsmöglichkeiten und -ansprüche der kommunalen Jugendhilfe diskutiert haben.⁵

Nach einer Praxislaufzeit des Bundesmodellprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) von gut fünf Jahren kann konstatiert werden, dass die Philosophie, die dem Programm zugrunde liegt, den aktuellen Bedarf getroffen hat. Die durch die aktive Beteiligung der lokalen Akteure der Programmgebiete E&C/„Soziale Stadt“ erzielte Qualität des Angebots wird durch die hohe Teilnehmerresonanz bestätigt. Auch die Teilprogramme als eine Art „Experimentallabor“ tragen in erheblichem Maße dazu bei, die Struktur der Programmplattform kontinuierlich weiterzuentwickeln und die fachlichen Standards im Prozess E&C zu befördern.

Die fachliche Diskussion in den verschiedenen Disziplinen wie z. B. Stadterneuerung, Sozial- und Jugendhilfe, hat die Sinnhaftigkeit und Plausibilität der integrierten Handlungsansätze erkannt und aufgenommen.

Erreichte Zielgruppen

Regelmäßig durch die Aktivitäten der Programmplattform E&C erreicht werden zum Stichtag 31. Juni 2006 insgesamt **3.300** Abonnentinnen und Abonnenten des E&C-Newsletters sowie insgesamt **3.582** Akteure aus den Zielgruppen der Programmplattform, die regelmäßig persönlich zu E&C-Fachveranstaltungen eingeladen werden, darunter:

⁵ Vgl. dazu S. 28.

- **402** Ansprechpartner/innen aus den Kommunen der E&C-Gebiete,
- **424** Ansprechpartner/innen aus den Quartiersmanagements der E&C-Gebiete,
- **142** Ansprechpartner/innen der aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) geförderten Träger
- **391** Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aus E&C-Gebieten,
- **968** Kitas aus E&C-Gebieten,
- **188** Ansprechpartner/innen der Jugendmigrationsdienste aus E&C-Gebieten,
- **607** Schulen aus E&C-Gebieten,
- **217** Ansprechpartner/innen der Arbeitsverwaltungen aus E&C-Gebieten sowie
- **243** Ansprechpartner/innen der Volkshochschulen aus E&C-Gebieten.

Nachfrage nach Angeboten der BMFSFJ-Programmplattform E&C

In den 12 Monaten des Berichtszeitraums von 01. Juli 2005 bis 30. Juni 2006 wurden im Auftrag des BMFSFJ insgesamt **18** Fachveranstaltungen mit insgesamt ca. **1.500** Teilnehmer/innen durchgeführt. Dabei zeigt die Nachfrage der Besucher/innen nach den E&C Veranstaltungen deutlich die Attraktivität des Angebots.

Einen Höhepunkt bildete dabei im Berichtszeitraum der Zulauf zur Europäischen Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ mit **260** Teilnehmer/innen, zum Fachforum „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ mit **250** Teilnehmer/innen und zum Fachforum „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ mit **300** Teilnehmer/innen, die jeweils die Grenzen der vorhandenen fachlichen und organisatorischen Kapazitäten ausschöpften. Weitere potenzielle Teilnehmer/innen mussten abgewiesen werden.

Die Internetplattform E&C verzeichnet fortbleibend steigende Zugriffszahlen. Von Juni 2005 bis Ende Mai 2006 gab es auf der E&C-Homepage durchschnittlich knapp **16.000** monatliche Besuche. In diesen 12 Monaten riefen über **61.000** unterschiedliche Besucher die E&C-Homepage auf, was einer Steigerung von 20% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die durchschnittliche Anzahl der Besuche pro Tag hat sich im Vergleich zum Vorjahr um über 40% erhöht, sie liegt in diesem Zeitraum bei über **500** Besuchen pro Tag.

Insgesamt sind seit der Einrichtung der Regiestelle auf der E&C-Homepage bislang **372** Dokumente wie z.B. Expertisen, Programme, Veranstaltungsdokumentationen, Fachjournale etc. veröffentlicht worden.

Über **2.000** Mal wurden im Berichtszeitraum folgende Publikationen von der E&C-Homepage heruntergeladen:

- Expertise zum Einsatz von ESF-Mitteln in den Förderprogrammen für Jugendliche in den Bundesländern (2003)
- Dokumentation des Fachforums „Vernetzung – Macht – Gesundheit: Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen in sozialen Brennpunkten“

(2003)

- Expertise „Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität und -gewalt in Großstädten (2003)
- Dokumentation der Zielgruppenkonferenz für Akteure/innen aus E&C-Gebieten „Interkulturelle Stadt(teil)politik“ (2003)
- Expertise „Sozialräumliche Finanzierungsmodelle“ (2002)
- Länderexpertise Thüringen (2003)
- FSTJ – Qualifizierungsbüros (2002)
- E&C-Journal Nr. 15 vom 06. Juli 2005: „Schülerwirtschaft – Schülerfirmen, Zuverdienst und Existenzgründung – Perspektiven und Erfahrungen zur Selbständigkeit junger Menschen in benachteiligten Quartieren“
- Länderexpertise Niedersachsen (2002)
- Expertise „Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste“ (2002)
- Dokumentation des Werkstattgesprächs: „Orte der Bildung im Stadtteil“ (2005)

Alle fachlichen Ergebnisse der Aktivitäten der Programmplattform E&C werden auf der Homepage unter www.eundc.de dokumentiert und zum Download bereitgestellt.

Zwischenstand der Erarbeitung einer Typologie zur Charakterisierung sozialer Brennpunkte⁶

Anlässlich der Steuerungsrunde E&C am 15.03.06 wurde die Regiestelle E&C, die Regiestelle LOS und das DJI beauftragt, in Ergänzung zu den eher städtebaulichen dominierten Typisierungen der Sozialen Stadt/E&C, eine an den Zielen des E&C-Programms orientierte Analyse zu entwickeln. Unter Heranziehung der lokalen Aktionspläne der am LOS-Programm beteiligten Kommunen wurden die in den Entwicklungszielen formulierten Problembeschreibungen ausgewertet, sowie Literaturrecherchen zu Gebietstypologien zur Grundlage der Überlegungen gemacht. Nach zwei Treffen zwischen Mitarbeiter/innen des DJI, des SPI und der gsub wurde ein Kriterienkatalog entwickelt, der Indikatoren enthielt, die für eine Typisierung von Brennpunktgebieten unabhängig von der baulichen Beschaffenheit hilfreich erschienen.

Unterschieden nach objektiven (oder harten) Indikatoren:

- Tradition
- Anteil Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Anteil ALG-II-Empfänger/innen
- Jugendarbeitslosigkeit
- Altersstruktur
- Familienstruktur
- Bildungsabschlüsse
- Berufsabschlüsse
- Vielfalt lokaler Akteure
- Grad der Ausstattung mit Handel/Gewerbe/DL

⁶ Siehe Arbeitspapier, Stand 14.06.2006. Von Regiestelle E&C ergänzte Fassung des DJI/Halle, Dr. Heike Förster.

- Grad der Ausstattung mit sozialer Infrastruktur
- Wahlbeteiligung
- Wahlberechtigung
- Ortsteilstrukturen (formale Demokratie)
- Fluktuation im Gebiet

Unterschieden nach weichen Indikatoren:

- Stadtteilidentität
- Stadtteilimage
- Akzeptanz von Hilfeleistungen durch Bewohner/innen
- lokale Partizipation
- geschlossene Milieus

Nach einem ersten Durchlauf anhand von Materialien aus 22 Gebieten, die zur Verfügung standen, lässt sich folgende Bilanz ziehen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Daten und der Differenzierung:

Schwierigkeiten bereiten vor allem die Indikatoren „Bildungsabschlüsse“ und „Berufsabschlüsse“, da es kaum Kommunen gibt, die einen Überblick darüber haben, schon gar nicht stadtteilspezifisch. Die Wahlbeteiligung und -berechtigung ist schwierig zu recherchieren, da die Wahlbezirke nicht mit den statistischen Bezirken bzw. den Stadtteilen identisch sind; diese Variable differenziert aber auch relativ gering, weil in den Gebieten, in denen Daten vorliegen, die Wahlbeteiligung überall niedrig lag. Die Beurteilung der formalen Ortsteilstrukturen ist auch fast durchgängig gleich, sie sind in der Mehrheit vorhanden, über die Nutzung sagt dies jedoch wenig aus. Für die nachfolgend erstellte Typologie wurden folgende Indikatoren herangezogen, die sich als soziodemographisch bezeichnen lassen und die infrastrukturellen Seiten an dieser Stelle erst einmal unberücksichtigt lassen:

- Tradition (baulich, aber auch identitätsstiftend zu werten)
- Anteil Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Anteil ALG-II-Empfänger/innen (hier können über die Bundesagentur für Arbeit zumindest für 150 Kommunen auch kleinräumige Daten zur Verfügung gestellt werden)
- Familienstruktur (hoher Anteil Alleinerziehender)
- Fluktuation im Gebiet

Zu den weichen Indikatoren muss gesagt werden, dass dort die Informationen nicht ausreichen, um diese zu berücksichtigen. Am leichtesten finden sich hier noch Informationen zum „Stadtteilimage“, die sich über die Berichterstattung erschließen lassen. Für die anderen Indikatoren wären explizit Erhebungen in den Gebieten notwendig, die über Bevölkerungsbefragungen solche Informationen einholen könnten.

Zusammenfassend wurden die fünf genannten Indikatoren in ihren unterschiedlichen – empirisch vorkommenden – Ausprägungen zu zehn Typologien zusammengefasst.⁷ Eine Integrationsstrategie ist nach den vorhandenen Erfahrungen auf jeden Fall an eine berufliche Integration zumindest eines erwerbsfähigen Familienmitgliedes gebunden, da sonst die ökonomischen Ressourcen immer dazu führen werden

⁷ Siehe Anhang 1, S. 51.

dort zu leben, wo man es darf (Wohnberechtigungsscheine, belegungsgebundener Wohnraum) oder es sich leisten kann. Erst wenn diese Bedingung erfüllt ist, können andere Integrationsstrategien greifen.

Die bauliche Seite ist nach Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitung E&C/LOS des DJI nicht von den soziodemographischen Merkmalen zu trennen. Eine bauliche Aufwertung allein reicht nicht aus, weil diese zum Teil nur zu Verdrängungseffekten führen, wie dies in einigen innerstädtischen Gebieten in deutschen Großstädten gut zu beobachten war und ist („Gentrification“).

Parallel zu dem beschriebenen empirischen Vorgehen zur Entwicklung einer eigenen Typologie wurde in der deutschen Literatur nach Büchern, Berichten und Zeitschriftenartikeln geschaut, die sich eine Typologisierung zum Ziel gesetzt hatten.

Folgend sind die wesentlichen Ergebnisse dieser Recherche zu finden. Eine Typologie, die zwar baulich beschrieben wird, aber in den beschriebenen Merkmalen auch soziodemographische Elemente enthält ist die von Rainer Kilb entwickelte, die sich auf Projekte in Frankfurt und Wiesbaden zurückführen lässt. Er beschreibt zunächst acht Typen, die den vorliegenden Erfahrungen in den E&C-Gebieten noch um Gebiete in ländlichen Räumen erweitert werden müssten. Eine mögliche Strategie wäre im weiteren Vorgehen zu schauen, ob sich diese Typologie mit den zehn für die E&C-Gebiete entwickelten Typen verbinden lässt, um vor allem die beschriebenen Merkmale systematischer einbinden zu können.

Zur besseren Verständlichkeit hier die von Kilb entwickelte Typologie. In Klammern stehen die von ihm näher beschriebenen sozialen Merkmale. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung E&C/LOS des DJI und der Regiestelle E&C sowie LOS sind in den E&C-Gebieten bis auf den Typ 8 alle Segregationstypen vertreten.

Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus der Literaturrecherche⁸

Kilb, Rainer: Über den möglichen Zusammenhang von Baustruktur und Gewalttätigkeiten Jugendlicher. In Neue Praxis 1/2006, S.99-113

Typen von Segregationsgebieten:

1. *City- und Cityrandbereiche mit bevorstehenden oder zu erwartenden Nutzungsänderungen* (hohe Lärm- und Umweltbelastung, hohe Migrantenanteile, hohe Fluktuation, direkte Konsum-Armutskonfrontation, diese sind Konfontationsverstärker)
2. *subzentrale Kernbereiche eingemeindeter Vorstädte* (ähnlich zu 1)
3. *Verkehrsdrehscheiben und -magistralen* (hohe Lärm- und Umweltbelastung, hohe Migrationsanteile, fehlende integrative Bezugskomponenten, ethnische Heterogenität, Gewalt- und Eigentumsdelikte überrepräsentiert)
4. *traditionelle Industrie- und Arbeiterstadtteile* (hohe Arbeitslosenzahlen, hohe Gewaltbereitschaft aufgrund Verunsicherung, tendenziell auflösende Milieus, Desintegration intensiviert, vor allem bei ausländischer Bevölkerung geht es um Verletzung der „männlichen Ehre“)

⁸ Vgl. ergänzend dazu auch Anhang 2, S. 52 f.

5. *Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus* (keine Merkmale beschrieben)
6. *Trabantenstadtteile* (eigenes normatives System entwickelt, bei homogener Bevölkerung mgl. Communityeffekte, bei sehr inhomogener Bevölkerung Intensivierung von Desintegration)
7. *Hochhaussolitäre und punktuelle Massenunterkünfte* (hohe Migrantenanteile, selbst gewählte ethnische Bezüge, daraus folgend: monokulturell geprägt, eigenes normatives System entwickelt, bei homogener Bevölkerung mögliche Communityeffekte, bei sehr inhomogener Intensivierung von Desintegration)
8. *traditionelle Segregationssiedlungen* (Obdachlosensiedlungen, Übergangssiedlungen usw.)

In Ergänzung zu Rainer Kilb ließen sich Standorte im ländlichen Raum folgendermaßen charakterisieren:

9. *Strukturschwache ländliche Regionen in den neuen Bundesländern* (Mangel an sozialer und kultureller Infrastruktur – z. B. Freizeiteinrichtungen, Schulen, Jugendhilfestrukturen –, Arbeitslosenquote entspricht auf hohem Niveau in etwa der Gesamtregion; hohe Jugendarbeitslosigkeit; Geringe Kaufkraft, geringe Gewerbesteuererinnahmen, Schrumpfungsprozesse durch niedrige Geburtenrate und Wegzug von Familien, Wachsender Anteil alter Menschen über 60 Jahren, Abwanderung junger Menschen, hoher Anteil an Aussiedler/innen gemessen am Umfeld, weite Wege, Transportprobleme)
10. *Strukturschwache ländliche Regionen in den alten Bundesländern* (Mangel an sozialer und kultureller Infrastruktur – z. B. Freizeiteinrichtungen, Schulen, Jugendhilfestrukturen –, Arbeitslosenquote höher als in der Gesamtregion, Wegfall der Zonenrandförderung seit 1989, geringe Gewerbesteuererinnahmen, wachsender Anteil alter Menschen über 60 Jahren, hoher Anteil an Aussiedlern/innen, weite Wege, Transportprobleme, niedrige Kriminalitätsbelastung, niedrige Scheidungsrate)

Präventionsstrategien lassen sich wie folgt typisieren:

Typ 1: Ghettoisiertes Gebiet

Typ 2: Armutslagen – Konsumkonzentration

Typ 3: Verunsicherungs- und abstiegsbedrohte Stadtareale

Typ 4: Desintegrationsareale

Hier sind von den Merkmalen her die Ähnlichkeiten zu unserer Vorgehensweise deutlich:

- Sozialräumliche Desintegrationsmerkmale

Kinder, Jugendliche und ihre Eltern erleben in diesen Gebieten, dass Misserfolge ihr „Schicksal“ sind. Sie orientieren sich an dem, was im Nahumfeld an sozialen Kontakten zur Verfügung steht. Misserfolge in Bildung und Beruf verstärken die Bedeutung des Nahraums für die Persönlichkeitsentwicklung, weil der Lebensbezug sich mehr und mehr auf diesen beschränkt. So geraten die Strukturen dieser Nahräume zur symbolischen Ordnung der Welt. Die Eigendynamik der Abwertung städtischer Räume, die von den Bewohnern/innen als unsicher, verwahrlost, gestaltlos, unwirtlich wahrgenommen werden, verstärkt einerseits den Prozess der selektiven Entmischung und bewirkt andererseits bei den Bewohnern/innen die Ausrichtung auf

Eigeninteressen hin orientierter Sozialkontrolle der verbleibenden Gruppen, verfestigt die sozialen Ungleichheiten durch die Fortschreitung der Segregation.

Desintegrationsmerkmale solcher städtischen Gebiete sind insbesondere eine mangelnde Befähigung, gemeinsame Werte zu erzeugen und soziale Kontrolle auszuüben, ferner die vollzogene soziale, ökonomische, kulturelle und symbolische Ausdifferenzierung/Spaltung des städtischen Raums, weiterhin ein dominant niedriger wirtschaftlicher Status, soziale Risikofaktoren, wie Bildungsferne der Eltern, Krankheit, aggressive Verhaltensmuster, ferner geringe Intensitäten sozialer Netzwerke, fehlende Partizipation sowie fehlende Kontrollimpulse gegenüber den Aktivitäten einzelner Nutzergruppen.

- Faktoren der sozialen Ausgrenzung

Der Prozess der sozialen Ausgrenzung ist vielschichtig, das heißt, nicht die sozial anerkannten etablierten Grenzen allein, die sozialen Absteiger, sondern die Exkludierten selbst tragen durch ihre entwickelten Verhaltensmuster zu dem Prozess der Exklusion aktiv bei. Dennoch ist Ausgrenzung kollektiv erlebbar und lässt sich an vier Faktoren festmachen:

1. materiell, z. B. durch Arbeitslosigkeit
2. kulturell, z. B. als Bildungsnotstand
3. sozial, z. B. als ethnisch-rassistische Diskriminierung
4. symbolisch, z. B. als marginalisierten Lebens- und Wohnort, der sozial und
5. ökonomisch von der Stadt abgekoppelt

Strategien sozialer Inklusionsprozesse (Booth u.a., Index für Inklusion, Hrg. GEW, 2006)

Strategien sozialer Inklusion zu entwickeln heißt insbesondere, alle Formen von Ausgrenzung und Stigmatisierung zu bekämpfen und neue Formen von Partizipation der Bürger/innen, der Mitarbeiter/innen wie deren Institutionen zu entwickeln. Strategien sozialer Inklusion zu entwickeln, heißt den Aufbau von sozialen Beziehungen, auch und gerade über die Begrenzungen des sozialen Raums hinaus zu fördern.

Strategien sozialer Inklusion beginnen mit der Wahrnehmung von Unterschieden und der Achtung und dem Respekt vor diesen Unterschieden. Sie reagieren sensibel auf Prozesse sozialer Diskriminierung (Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Ausrichtung etc.). Strategien sozialer Integration sind darauf ausgerichtet, den Aufbau von solidarischen Gemeinschaften (Gemeinwesenbildung) zu fördern. Strategien sozialer Inklusion schließen den Wandel mit ein, sie sind prozessorientiert und wenden sich den Barrieren wie den Ressourcen gleichermaßen zu.

Bei der praktischen Umsetzung von Strategien der sozialen Inklusion hat sich die Beachtung von fünf Elementen bewährt:

1. Entwicklung von Schlüsselkonzepten, um die Reflexion sozialer Inklusionsanforderungen und deren Entwicklung zu fördern
2. Festlegung eines Planungsrahmens (Dimension und Handlungsfelder), um den

- Zugang zur Evaluation und der Entwicklungsverläufe zu strukturieren
3. Aufstellung von Indikatoren, um eine für alle Beteiligten transparente Evaluation zu ermöglichen
 4. Aufteilung in definierte Zeitabschnitte, um Prioritäten für eine Fortschreibung zu identifizieren und
 5. den Prozess der Umsetzung von neuem zu beginnen

Nach den bisherigen Recherchen und empirischen Befunden der wissenschaftlichen Begleitforschung E&C/LOS des DJI wäre es eine Variante, sich weniger auf eine Typologie von Brennpunkten außerhalb des baulichen Zuschnitts zu konzentrieren, sondern gezielt unterschiedliche Problemlagen zu beschreiben und dafür passende Interventionsstrategien zu entwickeln bzw. zu empfehlen. So könnten die kommunalen Vertreter ausgehend von den bei ihnen vorkommenden Problemkonstellationen einen Mix von Interventionen in Anwendung bringen.

Eine vollkommene Abkopplung von der baulichen Situation ist aber auch in diesem Fall nicht möglich bzw. sinnvoll, da unterschiedliche räumliche und bauliche Gegebenheiten verschiedene Vorgehensweisen befördern oder verhindern. Für die im Programm E&C befindlichen Stadtteile gilt, wie im Bericht von Zefir festgehalten, dass es sich um problematische Gebiete im jeweiligen Referenzrahmen der Stadt handelt, d.h. ein Stadtteil, der in Ahlen problematisch gesehen wird, würde in Köln oder Gelsenkirchen nicht als problematisch gelten.

Auf der Grundlage der Praxisberichte und der lokalen Koordinierungsstellen der Kommunen kommt dem Governance-Ansatz eine entscheidende Bedeutung für Sichtweisen, Problemeinschätzung und den daraus abzuleitenden kinder- und jugendpolitischen Erneuerungsstrategien zu. Diese sind:

Lokale Netzwerke

Die Koordinationsstelle des Ämternetzwerkes der Gebietskörperschaft aktiviert, gründet bzw. stärkt ein bestehendes lokales Netzwerk. Lokale Akteure sind z. B. freie Träger, Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, Lokale-Agenda-21-Gruppen, lokale Beschäftigungsbündnisse, Quartiersmanagements, Bürgerforen, Kinder- und Jugendbüros, Bürgerinitiativen bzw. einzelne engagierte Bürgerinnen und Bürger, Einrichtungen und soziale Dienste, Projekte, Gewerbetreibende und Wohnungsbaugesellschaften.

Strategische Netzwerke

Hierbei hat das Ämternetzwerk die Aufgabe, den Sinn und den Zweck dieses lokalen Netzwerkes so transparent wie irgend möglich zu beschreiben. Das heißt, es muss geklärt werden, welche Aufgaben, mit welcher Kompetenz, unter dem Einsatz von wie vielen Ressourcen gewollt und zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört insbesondere auch die Bekanntgabe eines Zeitraumes, in dem das lokale Netzwerk im Auftrag der Gebietskörperschaft tätig sein soll.

Den potentiellen Teilnehmern/innen an diesem lokalen Netzwerk werden Strukturdaten des Gebietes zur Verfügung gestellt. Ebenso eine Beschreibung der Problemlage aus kommunaler Sicht, das heißt, die Bekanntgabe der Erwartungen von Politik und Verwaltung an mögliche Entwicklungsziele und Lösungen (Handlungskonzept). Hier werden mögliche Projektideen beschrieben und die aus der Sicht von Politik

und Verwaltung vorrangigen Ziele und die Beteiligung von aktiven bzw. potentiellen Partnern im Land. Es werden Gremien vorgeschlagen, wie z. B. ein Begleitausschuss und Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation beschrieben.

Lokale Aktionspläne

Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft öffentlicher wie freier Träger, der Bevölkerung sowie der Vertreter der lokalen Wirtschaftsunternehmen sind wesentlich daran gebunden, ob die wirklichen Probleme des in Frage kommenden Gebietes auf die Agenda eines lokalen Aktionsplanes gesetzt werden.

Hier wird definiert, welcher Erneuerungsbedarf bzw. welche Probleme als Gemeinschaftswerk in einem Lösungsprozess eingebracht werden sollen. Es kommt bei dem Instrument des lokalen Aktionsplanes auf die richtige Reihenfolge der zu bearbeitenden Fragestellungen an:

- Wo liegt das Problem (Vereinheitlichung der Sichtweisen)?
- Was wollen wir erreichen (Ergebnisse und Wirkungen)?
- Was müssen wir tun (Programme und Produkte)?
- Wie müssen wir es tun (Prozesse und Strukturen)?
- Was müssen wir einsetzen (Ressourcen)?
- Wer soll es umsetzen (öffentliche oder private Dienstleistung, Selbsthilfe/Ehrenamt)?
- Wie erkennen wir den Erfolg (Evaluation, Ergebnisüberprüfung)?

Der Formulierung von Schlüsselindikatoren zur Kontrolle und Überprüfung der erzielten Ergebnisse und Wirkungen kommt dabei eine Hauptrolle zu.

Die ausgewählten Indikatoren müssen die Qualität aufweisen, die Erreichung der formulierten Ziele zu dokumentieren, zu beschreiben und abzugrenzen, so dass sie in anderen Handlungsfeldern, anderen Regionen, anderen sozialen Brennpunkten ebenfalls beobachtet, beschrieben und gemessen werden können.

Beteiligung und Partizipation

Die Mitwirkung der Bewohner/innen gehört zu den Grundsätzen eines an Nachhaltigkeit orientierten Prozesses sozialer Koproduktion. Mitwirkungsbereitschaft und Mitwirkungsfähigkeit sind abhängig von der Dialog- bzw. Kommunikationskompetenz der Akteure, der politischen Legitimation und den institutionell-administrativ abgesicherten Rahmenbedingungen.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Trend der Medialisierung von Politik und Gesellschaft ist Aufmerksamkeit eine besondere Form von „politischem Kapital“. Sie verweist darauf, dass professionelle Medienkompetenz die Umsetzung dieser Anforderungen erleichtert. Öffentlichkeitsarbeit und Bürgeraktivierung verlangen nach Themen und Aktionsformen, in denen komprimiert und beispielhaft neue Formen des Umgangs mit Problemen und gemeinsamen Problemlösungsstrategien geplant und umgesetzt werden. Dieses gelingt umso besser, wenn vor Ort Bündnisse eingegangen werden und noch nicht Beteiligte zum Beitritt in dieses Bündnis willkommen sind. Eine Methode, solche Aktionsbündnisse zu schmieden, ist die Form der öffentlichen Kampagne. Öffentliche Kommunikation und Diskurse treffen auf ein sehr heterogenes Publikum. Die Bür-

gerinnen und Bürger adaptieren nicht in einer gemeinsamen Art und Weise einen Inhalt oder eine Idee. Pauschal angesprochen werden sie sich nicht angesprochen fühlen. Die Einbeziehung der Bevölkerung muss deshalb die Vielfalt von Interessen, Sichtweisen und Lebenswelten berücksichtigen.

Partnerschaften/lokale Bündnisse

Lokale Aktionspläne setzen lokale Partnerschaften voraus, die komplementär und horizontal organisiert sein sollten. Komplementär bedeutet, dass die unterschiedlichen Denk- und Praxisansätze von Arbeitsfeldern und Organisationen einbezogen und respektiert werden. Horizontal meint, dass die unterschiedlichen Beteiligten im Zielfindungs-, Planungs- und Aktionsprozess tendenziell gleichrangig agieren können.

Diesen übergreifenden Eckpunkten werden gebietsbezogene Standards an die Seite gestellt:

- Quartierspolitik
- Empowerment
- Perspektiven entwickeln, Projekte möglich machen, städtebauliche Investitionen konzentrieren und mit sozialen Infrastrukturpolitiken kombinieren
- lokale Partnerschaften, lokale Ökonomie
- Vernetzung und Verflechtung, soziale Arbeit als Koproduktion
- Partizipation
- Bürgerbeteiligung, Stärkung der Stellung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, Selbsthilfe und soziales nachbarschaftliches Engagement
- Linkage-Politik
- soziale Verantwortung der privaten Wirtschaft, Formulierung der Schnittstellen zwischen anderen Politikbereichen

Anhang 1:

Typenbildung auf Grundlage von fünf ausgewählten Indikatoren

Indikator	Typ1	Typ2	Typ3	Typ4	Typ5	Typ6	Typ7	Typ8	Typ9	Typ10
Tradition	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein	nein	nein
Anteil Bev. mit Migrationshintergrund	hoch	hoch	hoch	hoch	niedrig	hoch	niedrig	niedrig	niedrig	hoch
Anteil ALG-II-Empfänger	hoch	hoch	hoch	hoch	hoch	niedrig	niedrig	hoch	hoch	hoch
hoher Anteil Alleinerziehender	ja	ja	nein	nein	nein	nein	ja	ja	nein	nein
Fluktuationsgrad hoch	ja	nein	ja	nein	nein	nein	ja	ja	ja	ja

Gebietszuordnung

z. B.	Offenbach Innenstadt	Herne Bickern	Völklingen	Marburg Richsberg	Reichenbach Altstadt	Frankfurt Gallusviertel	Aalen Weststadt	Brandenburg Hohen- stücken	Halle	Elmshorn
	Freiburg i.Breisgau	Aachen Ost		Itzehoe Edendorf		Frankfurt Unterlieder- bach		Jena	Hildesheim	
	Oberhau- sen			Augsburg Oberhausen		Karlsruhe Innenstadt		Schwedt		

Anhang 2:

Weitere vorhandene Brennpunkttypologien in der deutschsprachigen Literatur (Auszug)

Ottersbach, Markus: Jugendliche in marginalisierten Quartieren. Ein deutsch-französischer Vergleich. Verlag Sozialwissenschaften. 2004

Typ 1: Viertel in Vororten, die durch Umstrukturierungsprozesse gekennzeichnet sind (Industriebrachen), die jetzt durch neue DL-Areale aufgewertet werden sollen, Zukunft offen, durch Zuzug von Migranten/innen gekennzeichnet

Typ 2: marginalisierte Gebiete, die durch Gentrification-Effekte aufgewertet wurden und ihren marginalisierten Charakter verloren haben, Verdrängung fiskalisch schwacher Bevölkerung durch einkommensstarke Schichten

Typ3: Trabantenstädte in den alten Bundesländern am Rande der Großstädte mit schillernder, sich verändernder Entwicklung (Nachfrage in den Phasen unterschiedlich), Randlagen, schwache Infrastruktur, geringe Aufwertung in den 90er Jahren durch Wohnumfeldverbesserungen

Typ 4: am Rande bürgerlicher Vororte befindliche Neubaugebiete ohne jegliche Infrastruktur, dort Segregation der einkommensschwachen, auf Transferleistungen angewiesenen Bevölkerung

Typ 5: Plattenbausiedlungen im Osten, vglb dem Typ 3, allerdings in den neuen Bundesländern in Groß- und Mittelstädten, mit problematischer Architektur und inzwischen aufgrund von Schließungen schlechterer infrastruktureller Ausstattung

Häußermann, H.; Läzer, K.-L.; Wurzbacher, J. (2005): Das dichte Netz der dünnen Fäden.

Eine auf der Grundlage politischer Partizipation und kommunalpolitischer Wahrnehmung entstandene Vier-Felder-Tafel, die sich aber in den empirischen Ergebnissen nicht bestätigen ließ. Diese Typologie von strukturellen Handlungsmustern innerhalb des jeweiligen kommunalpolitischen Systems sah folgendermaßen aus:

1. Aktive politische Integration
2. Partizipative Vereinzelung
3. Verwaltete Marginalität
4. Politische Ausgrenzung

Difu: Berichterstattung zur Sozialen Stadt

Die „Berichterstattung zur Sozialen Stadt“ des Deutschen Instituts für Urbanistik beruht auf einer rein baulichen Typisierung der Soziale-Stadt-Gebiete.

Friedrichs, J./ van Kempen, Ronald: Armutsgebiete in europäischen Großstädten. In: Siebel, W. (2004) Die europäische Stadt. Suhrkamp, S. 67-84

Grundsätzlich unterscheiden die Autoren zwischen zwei baulichen Typen, den innerstädtischen traditionellen Gebieten und den randständischen Neubaugebieten der 70er bis 80er Jahre. Verglichen werden vor allem drei Indikatoren zu sozioökonomischen Bedingungen: Arbeitslosenquote, Einkommensungleichheit und Armut.

Im direkten Vergleich finden sich dann Indikatoren wie Fluktuation, Ab- und Zuwanderung, Personen/Haushalt, Überalterung, Migrationsanteile, Arbeitslosenzahlen, Sozialhilfeempfängerzahlen, Lage und Bebauungsalter. Diese Indikatoren sind durchaus mit denen vergleichbar, die wir auch als wesentlich erachten. Es wird jedoch keine wirkliche Typisierung vorgenommen, sondern lediglich festgestellt, dass es Unterschiede zwischen den benachteiligten Wohngebieten gibt.

Breitfuss, A.; Dangschat, J.S.; Frey, O.; Hamedinger, A. (2004): Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Herausforderungen für eine sozialverträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik. Wien

Hier findet ein Ländervergleich über vier Länder hinsichtlich nationaler Programme zur Entwicklung von Stadtentwicklungsstrategien statt. Anschließend wird der Vergleich zu Österreich, insbesondere der Stadt Wien hergestellt und mögliche Strategien entworfen.

Leider findet sich in diesem Werk keine Typologisierung von Stadtteilen

Zefir, ILS in Kooperation mit Prof. H. Häußermann (HU Berlin): Sozialraumanalyse – soziale, ethnische und demografische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten. 2003:

Anhand von Indikatoren der Gesundheitsberichterstattung werden die Städte in Nordrhein-Westfalen eingeschätzt. Geprüft werden: ethnische Segregation (Ausländeranteile), Familienstatus (Jugendquotient und Altenquotient) und sozialer Rang (Arbeiteranteil, dies allerdings an Daten aus dem Jahr 1987!). Daraus wird für alle Städte in NRW eine Klassifikation von Sozialraumtypen vorgenommen. Nach Berechnungen des Zefir ist dabei die ethnische Segregation die bedeutendste Dimension.

Anhand der unterschiedlichen Ausprägungen dieser drei Indikatoren (niedrig, mittel, hoch) ergeben sich 45 Zuordnungsmöglichkeiten für die Stadtteile in NRW.

Diese Typologisierung ist zu feingliedrig und kann nicht übernommen werden. Interessant ist aber die Feststellung, dass es nicht nur auf die objektiven Zahlen ankommt, sondern auf den Referenzpunkt. So sind die als Arbeiterviertel in Münster geltenden Stadtteile (mit besonderem Entwicklungsbedarf) längst nicht die mit den empirisch kritischen Werten, in einer anderen Stadt würden sie keine besondere Beachtung finden.

Anlagen

- Liste der Programmgebiete E&C
- Liste der Landkreise im Programmbaustein „Netzwerke – Soziales Ehrenamt“
- Programme der Zielgruppenkonferenzen der Städte und Gemeinden
- Programme der Zielgruppenkonferenzen der Quartiersmanager/innen
- Programme der Zielgruppenkonferenzen der bundeszentralen freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe
- Konferenzprogramme der Fachforen und Expertengespräche
- E&C Journal Nr. 15
- E&C Journal Nr. 16

Programmgebiete E & C

Region Nord/West

Bremen/Bremerhaven

1. Bremen – Bahnhofsvorstadt
2. Bremen – Walle/Osterfeuerberg
3. Bremen – Woltmershausen
4. Bremen-Blockdiek – Großsiedlung Blockdiek
5. Bremen-Grohn – Großsiedlung Grohner Dühne
6. Bremen-Gröpelingen – Ohlenhof, Gröpelingen, Lindenhof
7. Bremen-Hemelingen – Wohnsiedlungen im Bereich Drillstraße/Hinter den Ellern
8. Bremen-Kattenturm – Kattenturm-Mitte
9. Bremen-Lüssum-Bockhorn – Wohnsiedlungen Lüssumer Ring, Lüssumer Heide
10. Bremen-Marßeler Feld – Marßeler Feld
11. Bremen-Neue Vahr – Neue Vahr Nord, Neue Vahr Südwest, Neue Vahr Südost
12. Bremen-Osterholz-Tenever – Großsiedlungen Osterholz-Tenever
13. Bremen-Sodenmatt/Kirchhuchting – Großsiedl. im Bereich Sodenmatt / Kirchhuchting
14. Bremerhaven-Wulsdorf – Ringstraße

Hamburg

15. Hamburg-Nord – Barmbek/Süd
16. Hamburg-Wandsbek – Großlohe
17. Hamburg-Harburg – Heimfeld-Nord
18. Hamburg-Mitte – Horner Geest
19. Hamburg-Bergedorf – Lohbrügge/Nord
20. Hamburg-Altona – Lurup
21. Hamburg-Altona – Osdorfer Born
22. Hamburg – Rothenburgsort
23. Hamburg – Veddel

Niedersachsen

24. Achim – Nord (LK Verden)
25. Belm – Powe (LK Osnabrück)
26. Braunschweig – Westl. Ringgebiet
27. Celle – Neustadt
28. Delmenhorst – Wollepark
29. Emden – Barenburg
30. Fallingborstel – Wohngebiet Weinberg
31. Goslar – Unteroker
32. Göttingen – Alt-Grone
33. Göttingen - Grone-Süd
34. Hann. Münden – Altstadt III (LK Göttingen)
35. Hannover – Hainholz
36. Hannover – Mittelfeld
37. Hildesheim – Fahrenheitsgebiet (LK Hildesheim)
38. Hildesheim – Drispstedt
39. Laatzen – „Mitte wird top“
40. Leer – Oststadt
41. Lüneburg – Kaltenmoor
42. Nienburg (Weser) – Lehmwandlungssiedlung
43. Nordenham – Einswarden (LK wesermarsch)
44. Northeim – Südstadt
45. Oldenburg – Kennedyviertel
46. Osnabrück – Rosenplatz
47. Osterholz – Scharmbeck
48. Peine – Südstadt (LK Peine)
49. Quakenbrück – Neustadt (LK Osnabrück)
50. Rehburg-Loccum – Ortsteil Bad Rehburg
51. Salzgitter – Fredenberg
52. Salzgitter – Ost- und Westsiedlung
53. Seelze – Ortsteil Letter
54. Stade – Altländer Viertel
55. Wilhelmshaven – Südstadt
56. Wolfsburg – Westhagen

Nordrhein-Westfalen

57. Aachen – Ostviertel, Rothe Erde
58. Ahlen – Süd-Ost (LK Warendorf)
59. Bergheim – Bergheim/Süd-West (LK Erftkreis)
60. Bonn – Dransdorf
61. Bottrop – Lehmkuhle-Ebel
62. Bottrop – Boy-Welheim
63. Brakel – Lange Wange (LK Höxter)
64. Detmold – „Hakedahl“
65. Dinslaken – Lohberg (LK Wesel)
66. Dormagen – Hackenbroich (LK Neuss)
67. Dortmund – Großsiedlung Hörde-Clarenberg
68. Dortmund – Scharnhorst-Ost
69. Dortmund – Nördliche Innenstadt
70. Duisburg – Bruckhausen
71. Duisburg – Nebenzentrum Beek

72. Duisburg – Hochfeld-West
73. Duisburg – Marxloh
74. Düren – Düren-Nord
75. Düren – Düren-Südost
76. Düsseldorf – Garath
77. Düsseldorf – Flingern/Oberbilk
78. Eschweiler – Ost (LK Aachen)
79. Espelkamp – Espelkamp
80. Essen – Altendorf
81. Essen – Stoppenberg/Katernberg Industriedenkmal Zollverein Halle 8
82. Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke Nord
83. Gelsenkirchen – Bulmke-Hüllen/Ückendorf/Neustadt
84. Gladbeck – Brauck
85. Gladbeck – Butendorf (LK Recklinghausen)
86. Hagen – Altenhagen
87. Hagen – Vorhalle
88. Hamm – Hammer Norden
89. Hamm – Westen
90. Herne – Bickern/Unser Fritz
91. Heiligenhaus – Oberilp (LK Mettmann)
92. Köln – Bocklemünd-Mengenich
93. Köln – Chorweiler
94. Köln – Kalk-Mühlheim, Kalk, Kalk-Post und Vingst-Höhenberg
95. Köln – Porz-Finkenbergr
96. Krefeld – Krefeld-Süd
97. Moers – Matheck/Josefsviertel
98. Monheim – Berliner Viertel (LK Mettmann)
99. Oberhausen – Arbeitersiedlung Stemmersberg
100. Oberhausen – Knappenviertel
101. Oberhausen – Lirich
102. Ratingen – Ratingen-West (LK Mettmann)
103. Recklinghausen – Hochlarmark
104. Recklinghausen – Recklinghausen-Süd
105. Remscheid – Rosenhügel
106. Siegen – Fischbacherberg
107. Solingen – Fuhr
108. Velbert – Birth/Losenburg
109. Wuppertal – Osterbaum

Schleswig-Holstein

110. Elmshorn – Hainholz
111. Flensburg – Neustadt
112. Itzehoe – Edendorf (LK Steinburg)
113. Kappeln – Ellenberg (LK Schleswig-Flensburg)
114. Kiel – Gaarden
115. Kiel – Mettenhof
116. Lauenburg/Elbe – Mooring
117. Lübeck – Hudekamp
118. Lübeck – St. Lorenz
119. Neumünster – Vicelinviertel

- 120. Rendsburg – Mastbrook
- 121. Neumünster – Böcklersiedlung
- 122. Schleswig – Schleswig-Süd (LK Schleswig-Flensburg)
- 123. Trappenkamp – Gablonzer Straße (LK Segeberg)
- 124. Wahlstedt – Ortskern/westl. Randzone

Region Süd/West

Rheinland-Pfalz

- 125. Annweiler – Siedlung "An der Queich" (LK Landau)
- 126. Bad Kreuznach – Am Tilgesbrunnen
- 127. Germersheim – Stadtkern
- 128. Höhr – Grenzhausen, Stadtteil Höhr (Westerwaldkreis)
- 129. Idar-Oberstein – Babararing (LK Birkenfeld)
- 130. Kaiserslautern – Am Kalkofen
- 131. Kaiserslautern – Innenstadt/West
- 132. Koblenz – Am Luisenturm
- 133. Koblenz – Ehrenbreitstein
- 134. Koblenz – Flugfeld Karthause
- 135. Koblenz – Neuendorf
- 136. Koblenz – Stadtteil Goldgrube
- 137. Ludwigshafen – Mundenheim-Südost
- 138. Ludwigshafen – Mundeheim/Karolina-Burger-Straße
- 139. Ludwigshafen – West
- 140. Ludwigshafen – Westendviertel
- 141. Ludwigshafen – Oggersheim-West
- 142. Mainz – Finthen, Römerquelle
- 143. Mainz – Neustadt
- 144. Mainz – Oberstadt, Berliner Viertel
- 145. Neustadt a. d. W. – Neustadt-Ost
- 146. Pirmasens – Projekt AQUA/Husterhöh
- 147. Pirmasens – Projekt "Kantstraße"/Husterhöh
- 148. Speyer – Speyer-Nord
- 149. Trier – Nord/Beutelweg
- 150. Trier - Ehrang
- 151. Trier – West/Gneisenaustraße
- 152. Wittlich – Bombogen
- 153. Wittlich – Rechts der Lieser (LK Bernkastel-Wittlich)
- 154. Worms – Wormser Süden

Saarland

- 155. Dillingen – Innenstadt, Leipziger Ring, Lokschuppen u. Papiermühle
- 156. Friedrichsthal – Stadtmitte u. Am Kolonieschacht, Feld- und Grillparzerstr.
(Stadtverband Saarbrücken)
- 157. Losheim am See – Ortskern (LK Merzig-Wadern)
- 158. Merzig – Stadtmitte u. Schalthausiedlung

- 159. Neunkirchen – Östliche Innenstadt/Oberer Markt
- 160. Saarbrücken – Burbach
- 161. Saarbrücken – Brebach
- 162. Saarbrücken – Nauwieser Viertel
- 163. Schwalbach – Elm-Derlen-Bereich (LK Saarlouis)
- 164. Spiesen-Elversberg – Ostkern Spiesen (LK Neunkirchen)
- 165. St. Ingbert – St. Ingbert Mitte (LK Saar-Pfalz)
- 166. St. Wendel – Innenstadt und Kaserne
- 167. Sulzbach – Stadtteil Mitte u. Altenwald (Stadtverband Saarbrücken)
- 168. Völklingen – Stadtteil Wehrden (Stadtverband Saarbrücken)

Hessen

- 169. Aßlar – Ziegelei/Backhausplatz
- 170. Bischofsheim
- 171. Darmstadt – Eberstadt-Süd
- 172. Darmstadt – Kranichstein
- 173. Dietzenbach – Östliches Spessartviertel (LK Offenbach)
- 174. Erlensee – Rückingen (LK Main-Kinzing)
- 175. Eschwege – Heuberg (LK Werra-Meißner)
- 176. Frankfurt a. M. – Gallusviertel
- 177. Frankfurt a. M. – Unterliederbach
- 178. Fulda – Aschenberg
- 179. Gießen – Nordstadt
- 180. Hanau – Südliche Innenstadt (LK Main-Kinzing)
- 181. Hanau – Lamboy (LK Main-Kinzing)
- 182. Hattersheim – Südring (LK Main-Taunus)
- 183. Homberg (Efze) – Bahnhofsviertel/Efzeauen
- 184. Hünfeld – Tiergartenviertel (LK Fulda)
- 185. Kassel – Nordstadt
- 186. Kassel – Oberzwehren
- 187. Langen – Nord (LK Offenbach)
- 188. Limburg a. d. L – Nord
- 189. Lollar – Kernstadt (LK Gießen)
- 190. Maintal – Dörnigheim/Bischofsheim
- 191. Marburg – Oberer Richtsberg
- 192. Marburg – Unterer Richtsberg
- 193. Neu-Isenburg – Westend
- 194. Offenbach a. M. – Östliche Innenstadt
- 195. Raunheim – Ringstraße (LK Groß-Gerau)
- 196. Rüsselsheim – Dicker Busch II (LK Groß-Gerau)
- 197. Schwalmstadt – Siedlung Trutzhain (LK Schwalm-Eder)
- 198. Seligenstadt – Nord (LK Offenbach)
- 199. Spangenberg – Stadtkern (LK Schwalm-Eder)
- 200. Stadtallendorf – Süd (LK Marburg-Biedenkopf)
- 201. Wetzlar – Silhöfer Aue/Westend (LK Lahn-Dill)
- 202. Wiesbaden – Westend
- 203. Wiesbaden – Biebrich/Süd-Ost

Baden-Württemberg

204. Aalen – Nördliche Innenstadt
205. Aalen – Rötenberg
206. Aalen – Weststadt (LK Ostalbkreis)
207. Albstadt – Westliche Innenstadt Ebingen
208. Albstadt – Weststadt (LK Zollernalb)
209. Ehingen – Untere Stadt (LK Zollernalb)
210. Esslingen am Neckar – Pliensauvorstadt (LK Esslingen)
211. Freiburg im Breisgau – Alt-Haslach
212. Heidelberg – Emmertsgrund
213. Heidenheim – Voithsiedlung
214. Heilbronn – Altstadt-West I
215. Heilbronn – Altstadt-West II
216. Heilbronn – Nordstadt
217. Heilbronn – Südviertel
218. Horb am Neckar – Hohenberg
219. Karlsruhe – Innenstadt/West
220. Karlsruhe – Oststadt/West
221. Konstanz – Wollmatingen/Fürstenberg
222. Kornwestheim – Weststadt (LK Ludwigsburg)
223. Ludwigsburg – Eglosheim II
224. Mannheim – Jungbusch/Verbindungskanal
225. Mannheim – Rainweidenstraße
226. Mannheim – Schönau-Mitte
227. Mannheim – Frischer Mut
228. Mannheim – Durlacher Straße
229. Offenburg – Nordweststadt
230. Pforzheim – Oststadt (LK Enzkreis)
231. Rastatt – Rastatt-West (LK Rastatt)
232. Reutlingen – Tübinger Vorstadt II (LK Reutlingen)
233. Rheinfelden (Baden) – Oberrheinfelden (LK Lörrach)
234. Schopfheim – Wiesenweg
235. Schwäbisch Gmünd – Oststadt (LK Ostalb)
236. Sindelfingen – Eichholz (LK Böblingen)
237. Singen – Langenrain (LK Konstanz)
238. Stuttgart – Möhringen/Fasanenhof
239. Stuttgart – Mühlhausen/Freiberg Mitte u. Mönchfeld
240. Stuttgart – Zuffenhausen/Rot
241. Tuttlingen – In der Schmelze
242. Tuttlingen – Westliche Innenstadt
243. Ulm – Weststadt
244. Wertheim – Kernstadt

Bayern

245. Amberg – Bergsteigsiedlung
246. Ansbach – Stadtkern
247. Aschaffenburg – Damm-Mitte
248. Augsburg – Oberhausen-Nord
249. Bamberg – Östlich der Bahnlinie
250. Bayreuth – Stadtteil Insel St. Georgen

251. Bobingen – Innenstadt Nord und Süd (LK Augsburg)
252. Bodolz – Enzisweiler (LK Lindau)
253. Donauwörth – Parkstadt
254. Erlangen – Am Anger
255. Erlangen – Innenstadt, Sanierungsgebiete I - V und Nördl. Altstadt
256. Elsenfeld – Werksiedlung (LK Miltenberg)
257. Forchheim – Forchheim/Nord
258. Freilassing – Mittelfeld
259. Fürstenfeldbruck – Heimstättenstraße (LK Fürstenfeldbruck)
260. Fürth – Innenstadt
261. Garching a. d. Alz – Janischsiedlung (LK Altötting)
262. Grafenwöhr – Eichdorffstraße (LK Neustadt)
263. Hof – Bahnhofsviertel
264. Ingolstadt – Piusviertel
265. Kaufbeuren – Stadtteil Neugablonz
266. Kelheim – Stadtkern
267. Kempten (Allgäu) – Thingers-Nord
268. Kolbermoor – Werkssiedlung (ehem. Spinnerei) (LK Rosenheim)
269. Kronach – Altstadt
270. Krumbach (Schwaben) – Quartier Markgrafenst./Kammel (LK Günzburg)
271. Landshut – Nikola
272. Langquaid – Ortskern
273. Leipheim – Südlich der Heerstraße (LK Günzburg)
274. Leipheim – Stadtkern
275. Lindau (Bodensee) – Ortsteil Zech
276. Manching – Donaufeldsiedlung (LK Pfaffenhofen)
277. München – Hasenberg I
278. München – Milbertshofen
279. München – Mittlerer Ring
280. Neu-Ulm – Innenstadt/Ost
281. Neu-Ulm – Vorfeld
282. Neuburg a. d. Donau – Ostend (LK Neuburg-Schrobenhausen)
283. Neuburg a. d. Donau – Schwalbanger/Neufeld
284. Neumarkt i. d. Obf. – Stadtkern, Sanierungsgebiet I, II, III
285. Neustadt b. Coburg – Krieger-Gedächtnis-Siedlung
286. Neustadt b. Coburg – Siemensring (LK Coburg)
287. Nürnberg – Altstadt-Süd
288. Nürnberg – Nordostbahnhof
289. Nürnberg – Südstadt Satzungsgebiet Galgenhof/Steinbühl
290. Oettingen i. Bay. – Vorstadt
291. Regensburg – Humboldtstraße
292. Rosenheim – Endorfer Au
293. Rosenheim – Happing-Kaltwies
294. Rosenheim – Lessingstraße
295. Schwabach – Schwalbenweg
296. Schwabach – Altstadt
297. Selb – Stadtteil Vorwerk (LK Wunsiedel)
298. Sulzbach-Rosenberg – Rosenberg-Ost (LK Amberg-Sulzbach)
299. Vohenstrauß – Waidhauser Straße (Stadtkreis Weiden in d. Oberpfalz)
300. Weiden i. d. Opf. – Quartier Stockerhut

- 301. Würzburg – Heuchelhof H 1
- 302. Zirndorf – Nordstadt/West (LK Fürth)

Region Ost

Berlin

- 303. Berlin Friedrichshain-Kreuzberg – Boxhagener Platz
- 304. Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Neues Kreuzberger Zentrum – Wassertorplatz
- 305. Berlin Friedrichshain-Kreuzberg – Wrangelkiez
- 306. Berlin Marzahn – Marzahn-Nord
- 307. Berlin Neukölln – Reuterplatz
- 308. Berlin Neukölln – Rollbergsiedlung
- 309. Berlin Neukölln – Schillerpromenade
- 310. Berlin Neukölln – Sonnenallee
- 311. Berlin Pankow-Prenzlauer Berg – Helmholzplatz
- 312. Berlin Pankow-Prenzlauer Berg – Falkplatz
- 313. Berlin Mitte-Tiergarten-Wedding – Reinickendorfer/Pankstraße
- 314. Berlin Mitte-Tiergarten-Wedding – Beusselstraße
- 315. Berlin Mitte-Tiergarten-Wedding – Magdeburger Platz
- 316. Berlin Mitte-Tiergarten-Wedding – Soldiner-/Wollankstraße
- 317. Berlin Mitte-Tiergarten-Wedding – Sparrplatz
- 318. Berlin Tempelhof-Schöneberg – Bülowstraße/Wohnen am Kleistpark
- 319. Berlin Treptow-Köpenick – Oberschöneweide

Brandenburg

- 320. Brandenburg – Neubaugebiet Hohenstücken
- 221. Cottbus – Sachsendorf-Madlow
- 322. Eberswalde – Brandenburgisches Viertel (LK Barnim)
- 323. Fürstenwalde – Fürstenwalde/Nord (LK Oder-Spree)
- 324. Lübbenau – Neustadt (LK Oder-Spree)
- 325. Neuruppin – Wohnkomplex I - III (LK Ostprignitz-Ruppin)
- 326. Potsdam – Innenstadt
- 327. Potsdam – Stern-Drewitz
- 328. Prenzlau – Neubaugebiet Innenstadt "Igelpfuhl" (LK Uckermark)
- 329. Schwedt – Obere Talsandterrassen (LK Uckermark)
- 330. Wittenberge – SG Jahnschulviertel (LK Prignitz)
- 331. Senftenberg – Westliche Innenstadt (LK Oberspreewald-Lausitz)
- 332. Velten – Velten-Süd (LK Oberhavel)

Mecklenburg-Vorpommern

- 333. Greifswald – Innenstadt/Fleischervorstadt
- 334. Greifswald – Schönwalde II
- 335. Neubrandenburg – Altstadt
- 336. Neubrandenburg – Nordstadt-Ihlenfelder Str.
- 337. Rostock – Groß Klein
- 338. Rostock – Schmarl

- 339. Schwerin – Feldstadt
- 340. Schwerin – Neu Zippendorf
- 341. Stralsund – Grünhufe
- 342. Wismar – Altstadt

Sachsen

- 343. Bautzen – Wohngebiet Gesundbrunnen
- 344. Chemnitz– Stadteingang/Limbacher Str.
- 345. Chemnitz – Stadtumbau I
- 346. Dresden – Gorbitz
- 347. Dresden – Prohlis
- 348. Ebersbach – Plattensiedlung Oberland (LK Löbau-Zittau)
- 349. Freiberg – Erweiterte Bahnhofvorstadt
- 350. Freital – Postschappel (LK Weißeritzkreis)
- 351. Glauchau – Unterstadt-Mulde
- 352. Johanngeorgenstadt – Erweiterte Altstadt (LK Aue-Schwarzenberg)
- 353. Leipzig – Grünau
- 354. Leipzig – Leipziger Osten
- 355. Pirna – Sonnenstein (LK Sächsische Schweiz)
- 356. Plauen – Elsteraue
- 357. Reichenbach – Erweiterte Altstadt (LK Vogtlandkreis)
- 358. Schwarzenberg – Stadtteil Sonnenleithe (LK Aue-Schwarzenberg)
- 359. Stollberg – Dürerviertel/Eichbuschsiedlung
- 360. Torgau – Nord-West
- 361. Weißwasser – Boulevard und Görlitzer Str. (LK Niederschlesischer Oberlausitzkreis)
- 362. Zittau – Zittau/Süd (LK Löbau-Zittau)
- 363. Zwickau – Eckersbach

Sachsen-Anhalt

- 364. Dessau – Zoberberg
- 365. Halberstadt – Richard-Wagner-Straße
- 366. Halle (Saale) – Silberhöhe
- 367. Halle (Saale) – Halle-Neustadt
- 368. Magdeburg – Neustädter Feld
- 369. Magdeburg – Neu-Olvenstedt
- 370. Magdeburg – Kannenstieg/Neustädter See
- 371. Sangerhausen – Othaler Weg
- 372. Stendal – Stadtsee
- 373. Wittenberg – Trajuhnscher Bach/Lerchenberg
- 374. Wolfen – Wolfen-Nord (LK Bitterfeld)

Thüringen

- 375. Bad Salzungen – Allendorf (LK Wartburgkreis)
- 376. Bad Langensalza – Süd (Unstrut-Hainich-Kreis)
- 377. Erfurt – Magdeburger Allee
- 378. Gera – Bieblach-Ost

379. Gotha – West
380. Greiz – Südliche Vorstadt
381. Jena – Lobeda
382. Jena – Winzerla
383. Leinefelde – Südstadt (LK Eichsfeld)
384. Meiningen – Kiliansberg/Jerusalem
385. Rudolstadt – Schwarza-Nord/Volkstedt-West (LK Saalfeld-Rudolstadt)
386. Sömmerda – Neue Zeit
387. Sömmerda – Salzmannstraße
388. Sondershausen – Hasenholz-Östertal (LK Kyffhäuserkreis)
389. Sondershausen – Wippertor/Einzelstandorte (LK Kyffhäuserkreis)
390. Suhl – Nord
391. Tabarz – Am Mönchhof
392. Weimar – West

Landkreise im Programmbaustein „Netzwerke-Soziales Ehrenamt“

1. Baden-Württemberg
Landkreis Sigmaringen
2. Bayern
Landkreis Freyung-Grafenau
3. Brandenburg
Landkreis Uckermark
4. Hessen
Landkreis Hersfeld-Rotenburg
5. Mecklenburg-Vorpommern
Landkreis Uecker-Randow
6. Niedersachsen
Landkreis Nienburg-Weser
7. Nordrhein-Westfalen
Hochsauerlandkreis
8. Rheinland-Pfalz
Landkreis Daun
9. Saarland
Landkreis Merzig-Wadern
10. Sachsen
Niederschlesischer Oberlausitzkreis
11. Sachsen-Anhalt
Altmarkkreis Salzwedel
12. Schleswig-Holstein
Landkreis Plön
13. Thüringen
Kyffhäuserkreis